

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Reichspräsident verordnet:

Den Hungergürt enger! Kampfzölle nach aussen und innen

Berlin, 19. Januar

In Ausführung der gestrigen Kabinettsbeschlüsse hat der Reichspräsident eine Notverordnung über „außerordentliche Zollmaßnahmen“ erlassen, die die Reichsregierung ermächtigt, „im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses“

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben;
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem Handelsvertragsverhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.“

Mit Absatz 1 dieser neuen Zollverordnung wird zum ersten Mal der Weg der Einführung von Valuta-Dumping-Zollsätzen beschritten. Die Gefahr dieser Maßnahme besteht in erster Linie darin, daß damit eine neue Differenzierung der Zollhöhe und infolgedessen neue Erschwerungen der immer unübersichtlicher werdenden handelspolitischen Beziehungen geschaffen werden. Immerhin liegt — im Rahmen des einmal bestehenden Weltzollsystems — in der Aufgabe des Goldstandards in einigen Ländern, mit denen Deutschland in Handelsbeziehungen steht, eine gewisse Rechtfertigung für dieses Vorgehen.

Ganz und gar ungerechtfertigt und lediglich den agrarischen Interessen wünschend folgend erscheint dagegen der 2. Absatz der neuen Notverordnung. Diese willkürliche Zollerhöhung gegenüber einzelnen Ländern hat praktische Bedeutung vor allem gegenüber Polen, Canada, der Tschechoslowakei, demnächst auch gegenüber der Schweiz. Hat schon das kürzlich abgeschlossene Lieferkontingent mit Finnland gegen allen handelspolitischen Treu und Glauben verstößt und mit Recht in allen Ländern, mit denen Meistbegünstigungsverträge bestehen, größten Unwillen hervorgerufen, so wird jetzt dieses System der Umgehung der bestehenden Verträge gefestigt und verschärft.

Die Notverordnung ist ein Rahmengesetz und soll der Regierung für die Zukunft die Möglichkeit der weiteren Zollerhöhungen offen lassen. Im Augenblick richtet es sich in erster Linie gegen die Buttereinfuhr aus Dänemark. Wenn aber als Begründung angeführt wird, der deutsche Markt sei mit Butter aus Dänemark, das seine Währung um 30 Prozent herabgesetzt hat, „geradezu überflutet“ worden, so ist das eine grobe Irreführung. Richtig ist vielmehr, daß selbst bei dem stark gesunkenen deutschen Butterkonsum Deutschland bei weitem nicht in der Lage ist,

seinen Bedarf selbst zu decken und auf die Einfuhr angewiesen ist. Jede Woche werden einige 1000 Faß Auslandsbutter über deutsche Häfen eingeführt.

Mit dem Geschenk, das durch den Valuta-Dumping-Zoll den Agrariern gemacht wird, begnügt Herr Schiele sich aber noch nicht. Außer der Erhöhung durch den Valutaungleichzoll soll

**der Butterzoll
Von 50 Mark pro Doppelzentner auf 100
bis 170 Mark**

— je nach Valuta- und Handelsvertragsverhältnissen für Länder ohne Handelsvertragsverhältnis mit Deutschland zwecks Valutaungleich — erhöht werden. Das angeblich erstrebte Ziel — die Fernhaltung der ausländischen Butter vom deutschen Markt — wird mit dieser Maßnahme nicht erreicht werden. Schon jetzt sind z. B. in Holland Erwägungen darüber im Gange, den Inlandpreis hoch zu halten, dagegen den Auslandspreis durch eine Verbrauchsabgabe so stark zu senken, daß der erhöhte deutsche Zoll die Ausfuhr weiter ermöglicht. Wirklich erreicht wird mit dieser Maßnahme lediglich, daß sich im Ausland die bereits bestehende Boykottbewegung gegenüber deutschen Industrieerzeugnissen verstärkt, daß das Ausland als Antwort auf diese ausgesprochenen Kampfzölle seine Grenzen gegenüber den deutschen Industrieprodukten sperrt, und damit eine

weitere Steigerung der deutschen Arbeitslosigkeit

die unvermeidliche Folge sein wird. Erreicht wird dann aber vor allem eine weitere Aushungerung der deutschen Verbraucher-massen

für deren überwiegenden Teil bei steigendem Preis die Butter noch mehr als bisher ein unerschwinglicher Luxus wird. Den Nutzen werden in erster Linie die Margarineproduzenten haben. Die Nachfrage vor allem nach den billigen Sorten wird steigen, diese sind aber im Preis nicht gebunden, haben sich bisher der Preissenkungsaktion erfolgreich widersetzt und werden selbstverständlich jetzt im Preise steigen.

Teuere Butter und Margarine auf billiges Brot zu streichen, würde aber der deutschen Reichsregierung — die auf System hält — inkonsequent erscheinen. Es sind, wie wir hören, bereits Verhandlungen zwischen den Bäckern und Herrn Goerdeler über eine

Erhöhung des Brotpreises im Gange, nachdem die Mehlpreise heraufgegangen sind. Die Bäcker haben in diesen Besprechungen keinen Zweifel daran gelassen, daß schon für die nächste Woche der jetzige Brotpreis nicht mehr zu halten wäre, wenn nicht unverzüglich dem Steigen der Mehlpreise Einhalt geboten würde. Herr Goerdeler dürfte nicht zögern, ihren Wünschen zu entsprechen, obwohl ihm klar sein müßte, daß sie auf längere Zeit hinaus mit billigem Mehl eingedeckt sind.

Herr Schiele und seine Freunde haben einen neuen Sieg errungen. Die Arbeiterschaft kann weiter hungern, die Sozialdemokratie „protestiert“ und ... toleriert.

Lavals Regierungserklärung

Antwort der Linken: Es lebe Briand!

TU. Paris, 19. Januar.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Laval am Dienstag wurde vor vollbesetzten Bänken abgegeben. Briand war, wie das vorauszu-sehen war, nicht erschienen. Ministerpräsident Laval wies einleitend auf die vergeblichen Bemühungen zur Bildung einer Einheitsregierung hin, um dann sofort auf die Reparationsfrage überzugehen. Die Weltkrise, so führte er aus, habe die Meinung der Völker verwirrt und eine Reihe von Lösungsvorschlägen auftauchen lassen, die mehr auf Einbildung aufgebaut seien als auf Tatsachen. Die Weltsuche nach Formeln, die ihr Heilung versprechen, die Annullierung der Reparationen und der interalliierten Schulden entsprächen dieser Geistesverfassung.

Wir werden aber keine Lösung zur Behebung der Krise annehmen können, die die besonderen Interessen Frankreichs und seiner durch freiwillig anerkannte Verträge verbrieften Rechte verletzen würde. Wir werden uns das Recht auf Reparationen nicht streitig machen lassen. Wir haben aber die Pflicht gegenüber der Generation, die den Krieg erlebte, nicht von unseren Forderungen ohne eine gleichzeitige Aufhebung unserer Schuld zu opfern, und wir haben gegenüber der kommenden Generation die Pflicht, jedes Abkommen einem

gerechten Ausgleich der Erzeugungs- und Existenzbedingungen unterzuordnen.

Laval ging sodann auf die innere Wirtschaftskrise über und erklärte, die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, die sich für die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft günstig auswirken. Er forderte die Kammer auf, den Haushalt so bald wie möglich zu verabschieden. Bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz

werde sich Frankreich — so erklärte Laval weiter — an seine Denkschrift vom 15. Juli 1931 halten. Diese Politik sei nicht nur diejenige Frankreichs, sondern auch diejenige des Völkerbundes. Alle Parteien in Frankreich haben immer wieder betont, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz nur dann gesichert wäre, wenn sie in einem eng umgrenzten Rahmen stattfinden würde. Dieser Rahmen müsse sein:

Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, Feststellung des Angreifers, gegenseitige Unterstützung bzw. Sicherheit.

Als Laval seine Ausführungen beendet hatte, stimmte die Linke in den Ruf ein: Es lebe Briand.

Nach Laval ergriff der Kammerpräsident Bouisson das Wort.

Festrede auf Herrn Lehmann

„Ich bin ein plumper Schwab“ („Nathan der Weise“, I. 6.)

Daß der Rundfunk die Gelegenheit, den 18. Januar im nationalistischen Sinne ausschlachten, nicht vorübergehen lassen würde, war zu erwarten. Wir kennen ja den neuesten Kurs, der seit Herrn Groeners Amtsantritt dort gesteuert wird. Daß dieser redliche schwäbische Herr aber persönlich als literarischer Festredner glänzen würde, war doch ein bißchen überraschend. Denn schließlich ist die Reichsgründung am 18. Januar 1871 weniger eine militärische, als eine staatsrechtliche Angelegenheit gewesen, und dieser Boden ist für den Herrn General doch wohl Glatteis ...

Aber frisch-fröhlich, getreu der Kronprinzen-Devise „Immer feste druff!“, und eingedenk des Dichterwortes „Der wackre Schwabe forcht sich nit“, redete unser Innenwehrrainister tapfer drauf los. Einen Geschichtsvortrag bekamen wir als „Reichs-sendung“ zu hören. Wilhelm Groener, Doktor ehrenhalber, will vom historischen Materialismus nichts wissen: Bei dem „Kampf des deutschen Volkes um seinen Wiederaufstieg zur großen Nation“ — billiger tut er es nicht! — „geht es weniger um die materiellen Güter als um die geistige Wiedergeburt.“ Genau so predigen es die Pfaffen von der Kanzel: Kümmert euch nicht um das irdische Jammertal, sondern um das Jenseits, darin seid ihr die rechten Schäflein, die man in aller Gemütsruhe scheren kann. Ein „heiliges Feuer“ soll „lodern“, das den „Willen zum Aufstieg stählt“. Und da dieses „Feuer“ sich an der Betrachtung der überaus jammer-vollen Gegenwart nicht recht entzünden kann, geschweige denn „lodern“, so „blicken wir zurück“. Unsere „Wurzeln sind in der Vergangenheit; wir müssen die geistigen Errungenschaften hegen und pflegen.“

Die „tausendjährige Vergangenheit des deutschen Volkes“ wird in Bausch und Bogen gerühmt: sie soll uns über die trübe Gegenwart hinwegtrösten. Nun weiß zwar ein halbwegs begabter Klippschüler, daß diese „tausendjährige Vergangenheit“ nichts weiter war als ein einziger aufreibender Vernichtungskampf der Einzelstaaten, vor allem der geistlichen und weltlichen Landesfürsten, gegen die kaiserliche Zentralgewalt, in dessen Verlauf sich die Führer der Reformation, die sächsischen und hessischen Monarchen, nicht schämten, den französischen „Erbbeind“ ins Land zu rufen und Stücke deutschen Bodens an ihn zu verschachern; daß ferner dreißig Jahre lang, von 1618 bis 1648, diese edlen Landesväter Deutschland, „unser geliebtes Vaterland“, wie der Herr von Hindenburg so gern sagt, in eine Wüste verwandelten, nur um ihre selbstsüchtigen Dynastenpläne zu vollbringen, und daß zuletzt noch der Renommier-Hohenzoller Friedericus diese hochverräterische Politik, dem Kaisertum ins Herz, mit französischer und englischer Hilfe auf die Spitze getrieben hat. Aber als das durchgenommen wurde, hat der Schüler Wilhelm Groener vermutlich gerade gefehlt.

Er weiß auch nichts davon, wie blutig und brutal alle Bestrebungen der Reichsritterschaft

und der Bauern im 16. Jahrhundert, zur Zeit der Bauernkriege, und dann wieder des deutschen Bürgertums seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, die Reichseinheit herzustellen, von den deutschen Fürsten unterdrückt worden sind, und daß die „besten Geister der Nation“, die er ganz nebenbei, ohne Namensnennung, nur in Verbindung mit dem Frankfurter Parlament, erwähnte, eingekerkert und verfolgt worden sind. Groeners engerer Landsmann, der Dichter und Journalist Christian Daniel Schubart, hat seine großdeutsche Gesinnung zehn Jahre in den Kasematten des Hohen Aspergs büßen müssen, Fritz Reuter wurde zum Tode verurteilt und dann zu sieben Jahren Festungshaft „begnadigt“, Arndt, Jahn, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath, Kinkel sind von der preußischen Polizei drangsaliert worden; der beste Kopf des „Jungen Deutschland“, Heinrich Heine, mußte nach Paris entweichen, und der Freiherr vom Stein, Preußens bedeutendster Staatsmann, hat sich vergämt ins Privatleben zurückgezogen, weil die Hofkammer Friedrich Wilhelms III. den besten Teil seiner Reformpläne zum Scheitern brachte.

So ungefähr sieht die Geschichte der „Deutschen Einheit“ aus. Herr Groener weiß es besser: Die deutsche Einheit ist das Werk zweier „leuchtenden Gestalten: Bismarcks und seines königlichen Herrn Wilhelms I.“ Wie hat der „königliche Herr“ in seiner Thronrede damals gesagt: „WIR haben erreicht, was unsere Väter erstrebten: ein einiges Volk zu sein und zu bleiben“. Wo haben wir diese abgedroschenen Phrasen von der durch Wilhelm und Bismarck geschaffenen „Reichseinheit“ schon einmal gehört? Nicht einmal, Dutzende Male: bei den Schulfestern in wilhelminischen Zeiten, als nach Herrn Groeners Meinung, „Deutschland aufstieg zu Ruhm und Größe“. Hohle Worte, nichts weiter: die Bismarcksche Reichsverfassung ist elendes Flickwerk, klägliche Kompromißerei, die vor dem Landesfürstendünkel Halt machte. Die „Reichseinheit“ gibt es bis auf den heutigen Tag noch nicht. Jenes Trugbild hat der „eiserne Kanzler“ mit Schmiergeldern aus dem „Reptilienfonds“ erkaufte, dem sogenannten „Welfenfonds“. Und Wilhelm I. ist für uns alles eher als eine „leuchtende Gestalt“: ein immer geschobener und getriebener Schwächling, der als „Herr Wilhelm Lehmann aus Potsdam“ bei Nacht und Nebel nach England verduftete, als es 1848 brenzlich wurde und wiederkehrte, als Wrangel die Revolution niedergeschlagen hatte, um den badischen Aufstand als „Kartätschenprinz“ in Blut zu erstickten, ebenso wie er dann als deutscher Kaiser an der sozialistischen Arbeiterschaft mit seinen Zuchthausgesetzen sein Mütchen gekühlt hat.

So sehen wir als Republikaner den Flüchtling aus Potsdam, vor dem ein republikanischer Reichsminister in byzantinischer Bewunderung auf dem Bauch liegt. Und die „Moral von der Geschichte“: „Jeder Deutsche muß den Reichskanzler und seine Helfer in ihrem beispiellos schweren Ringen in Lausanne unterstützen und alle Kraft dem Dienst des Vaterlandes opfern.“ Dann wird es vielleicht wieder einmal so, wie es unter den Hohenzollern war.

Die Schwaben werden erst mit vierzig Jahren klug, sagt das Sprichwort. Nein, was haben wir für einen jugendlichen Reichsinnenminister...

Harold.

Bergarbeiter solidarisch

Sie verlangen Rücknahme der Kündigungen

Kattowitz, 18. Januar

Die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter-Verbände in Ostoberschlesien hat in einer gemeinsamen Sitzung zu dem Vorgehen der Arbeitgeber Stellung genommen und

beschlossen, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht eher aufzunehmen, bis die Kündigungen wieder zurückgezogen werden.

Um die Belegschaften mit den weiteren Plänen der Gewerkschaften bekanntzumachen, ist für Donnerstag eine große Kundgebung der Betriebsräte der einzelnen Gruben und Hütten in Kattowitz einberufen worden. An den Demobilisierungskommissar wurde ein Schreiben gerichtet, in welchem auf das unrechtmäßige Vorgehen des Arbeitgeberverbandes hingewiesen wird. Die einzelnen Verbände erklärten, den

Kampf mit aller Entschiedenheit

durchzuführen. Einzelne Belegschaften auf den Gruben haben sich bereits geweigert, einzufahren, solange nicht die Kündigungen zurückgenommen werden. Der Wirtschaftsminister ist in einem Telegramm von der bedrohlichen Lage in Kenntnis gesetzt worden.

Ob sie zum Erfolg führt?

Revision im Nientimp-Prozeß

Dortmund, 19. Januar

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil der großen Strafkammer im Berufungsprozeß gegen Nientimp und Genossen Revision eingelegt. Die Revision erstreckt sich auf das ganze Urteil.

Straßenschlacht bei Reinickendorf

2 Tote, 1 Schwerverletzter, 6 Leichtverletzte — Begünstigung der Nazis!

Berlin, 19. Januar.

Ein Trupp von 200 Nationalsozialisten marschierte am Montagabend von einer Versammlung in Waidm. nach Reinickendorf zurück. Sie nahmen dabei ihren Weg durch die Laubenkolonie „Felsenek“, wo es zu schweren Zusammenstößen mit Bewohnern der Laubenkolonie kam. Eine regelrechte Schlacht begann, die 6 Polizisten, die die Nationalsozialisten begleiteten, konnten in der Dunkelheit nicht eingreifen, zwei von ihnen wurden selbst verletzt. Erst als weitere Polizeiverstärkungen eintrafen, konnte der Kampf beendet werden. 2 Tote, 1 Schwerverletzter und 6 Leichtverletzte wurden gezählt. Die Polizei verhaftete 61 Personen, und zwar 49 Nationalsozialisten und 12 Kommunisten.

Der Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Norden Berlins in der vergangenen Nacht hat zwei Tote gekostet. Am Dienstag wurde mit einer riesigen Polizeiaktion eingegriffen, angeblich mit dem Ziel, die Ursachen und die Verantwortlichen der Schießerei festzustellen, die Begleitmusik der bürgerlichen Presse zeigt jedoch, daß es sich im wesentlichen um eine behördliche Strafkaktion gegen die Bewohner der Laubenkolonie Felsenek handelt.

Wichtig ist für die Beurteilung der Straßenschlacht, daß die ersten Berichte, so u. a. die Schilderung des „12-Uhr-Mittag-Blatts“

ganz klar und offen von einem nationalsozialistischen Überfall auf die Bewohner der Laubenkolonie gesprochen haben.

Im Laufe des Vormittags kam dann die offizielle Berichterstattung, die ganz im üblichen Stil der Polizeiberichte die ersten Meldungen umdreht und einen kommunistischen

Überfall auf einen nationalsozialistischen Trupp von 200 Mann

meldet. In diesem Sinne entfesselt die bürgerliche Presse eine breitangelegte Hetze, die bürgerlichen Nachrichtenbüros versuchen mit allen Mitteln, diese Lesart zu verbreiten.

Tatsache ist jedoch, daß der erschossene Arbeiter Fritz Klemke aus Reinickendorf durch Brust- und Kopfschüsse getötet wurde, er ist Kommunist und die Tatsache seiner Ermordung zeigt, von welcher Seite man Gebrauch von Schußwaffen gemacht hat. In den ersten Darstellungen wurde auch besonders betont, daß der Kommunist als erster erschossen wurde, der 49-jährige Kunstmalers Professor Ernst Schwarz aus Berlin-Frohnau, Mitglied der NSDAP, hat den tödlichen Herzstich erst später in der Verteidigung der angegriffenen Arbeiter erhalten.

Zwei Tote liegen wieder auf der Walfahrt des Bürgerkriegs, der in Deutschland trotz aller behördlichen Maßnahmen weitergeht. Wenn man in den letzten Tagen die nationalsozialistische Presse verfolgt hat, mußte man sich klar darüber sein,

daß die faschistischen Kräfte zu neuen Taten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft rüsten.

Besonders der „Völkische Beobachter“ hat durch seine Vergeltungsdrohungen eine Atmosphäre geschaffen, in der die Revolver nur zu leicht losgehen und es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der größte Teil der aktiven Nationalsozialisten tagtäglich bewaffnet durch die Straßen marschiert und sich schon halb als die Herren betrachtet, die sich ungestraft alles erlauben können. Die offenkundige Begünstigung von National-

sozialisten in einigen Prozessen der letzten Zeit verstärkt diese Einstellung und verschärft die Gefahr blutiger Zusammenstöße.

Inzwischen haben verschiedene Berichte von Augenzeugen die Darstellung der Morgenpresse bestätigt, nach der es sich um einen

organisierten Überfall von seiten der Nationalsozialisten gegen die Bewohner der Laubenkolonie gehandelt hat.

Es ist mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß die organisierte Berliner Arbeiterschaft von sich aus eine Untersuchung einleitet und daß die Berliner Betriebe Vertrauensleute wählen zu einer Konferenz, die sich mit den Bürgerkriegsrüstungen der Nationalsozialisten beschäftigt.

Berlin ist eine Arbeiterstadt und muß sich mit allen Mitteln dagegen wehren, daß weiterhin Arbeiter von der Hakenkreuzpest heimgesucht werden.

★

Im Lichte der TU

Schwere Schlägerei bei Übungen

TU. Tübingen, 18. Januar.

In der Nacht zum Sonntag kam es in der Nähe von Tübingen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu schweren Schlägereien, in deren Verlauf ein Nationalsozialist in den Unterleib gestochen wurde. Er starb kurze Zeit darauf. Das Überfallkommando in Reutlingen wurde alarmiert und säuberte den Platz mit Stahlruten und Gummiknüppeln. Dabei wurden 15 Kommunisten festgenommen, darunter auch mehrere Frauen und in das Tübinger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Wird Lausanne abgesagt?

Geneigtheit in England und Frankreich

† Berlin, 19. Januar.

„Wir können nicht mehr zahlen und wir werden nicht mehr zahlen, mag Herr Laval in seiner heutigen Erklärung vor der Kammer sagen, was er will. Nur auf unser Rückgrat kommt es an!“ So schließt der Leitartikel des Abendblatts der „Berliner Börsenzeitung“, der überschrieben ist mit einem fetten „Nein!“ Wir haben die Töne schon gehört, sie sind uns nichts Neues. Immerhin, die „Berliner Börsenzeitung“ ist das Blatt der Bürokratie, also die Stelle der Befehlsausgabe für die deutsche Politik. Man hätte ebensogut und traditionsgemäß den beliebten Spruch von 1914 schreiben können: Hier werden noch Kriegserklärungen entgegengenommen.

Denn soweit ist es allmählich gekommen. Deutschland hat immer nur nein gesagt und die Welt ist dessen überdrüssig geworden... Man gedachte Frankreich zu isolieren und Alldeutschland befindet sich wieder mal in einer Isolierung, die alles andere als glanzend ist.

Wem gilt das Nein der „Berliner Börsenzeitung“? Nun, einer eventuellen Verschiebung der Lausanner Konferenz.

Mit diesem Gedanken trägt man sich heute in England wie in Frankreich. Nach der deutschen Presse ist es Frankreich, das zuerst diesen Gedanken in die Debatte geworfen hat, tatsächlich wurde er vorher schon von der englischen Presse lanciert. Nach der Konferenz Brünings bei dem englischen Botschafter freilich und der (wohl nicht ganz unbeabsichtigten) Indiskretion des englischen Auswärtigen Amtes sind allerdings auch in Paris Stimmen laut geworden,

daß eine Abhaltung der Reparationskonferenz am 25. Januar eher zu einer Verschärfung der Situation als zu einer Entspannung beitragen würde.

Solche Meinung ist übrigens nicht in erster Linie von der französischen Rechtspresse, sondern von der bürgerlichen Linkspresse ausgesprochen worden. Offenbar in der Absicht, Herrn Brüning eine Niederlage zu ersparen, die zu innerpolitischen Konsequenzen in Deutschland führen würde, die wiederum den verständigungswilligen Parteien Frankreichs nicht angenehm sein könnten.

Denn in Frankreich stehen die Wahlen vor der Tür, und Herr Hitler ist zweifellos ein guter Schrittmacher für die französische Reaktion.

Der Vertragsgedanke hat sich in Frankreich dann schnell weiter verbreitet, und es liegt jetzt eine offiziöse Charakter tragende Auslassung der Agentur Havas vor, aus der hervorgeht,

daß Frankreich und England sich im großen und ganzen geeinigt haben.

daß sie auf dem Standpunkt stehen, das Hoover-Moratorium auf ein halbes oder ganzes Jahr zu verlängern unter der Voraussetzung allerdings, daß die gleiche Behandlung,

die Deutschland von seinen Gläubigern erfahre, diesen auch in ihrer Eigenschaft als Schuldner Amerikas zugebilligt würde. Für eine solche Konzession bestehen jedoch sehr wenig Aussichten; alle Sondierungen in USA — Laval soll eben jetzt eine versucht haben — lassen erkennen, daß mit Amerika vor der Präsidentenwahl im Dezember dieses Jahres nicht zu reden sein werde.

Die Entscheidung darüber, ob eine kurze Konferenz in Lausanne abgehalten wird, die aber bestimmt nicht mehr als ein Moratorium ohne prinzipielle Revision des Young-Planes bringen kann, wird wahrscheinlich morgen in der Sitzung des englischen Kabinetts fallen. Die letzten Äußerungen der maßgebenden englischen Presse laufen auf eine Befürwortung der Konferenzvertagung hinaus. Und die Telegraphen-Union, die sich ja nie genug tun konnte im beglückten Gefühl über den Bundesgenossen Großbritannien, überschreibt schon seit Tagen ihre Meldungen mit den Worten „Vollendeter Umfall Englands?“ Oder so ähnlich.

Nun, dieser „Umfall“ ist kaum eine Frage mehr. Es ist im Grund auch kein „Umfall“, denn jeder Politiker, der seine fünf Sinne beisammen hatte, hat von Anfang an mit nichts anderem als diesem „Umfall“ gerechnet. Es ist vielmehr ein Umfall deutscher Politik, wie er bei deren Einstellung nicht ausbleiben konnte.

Wenn aber nun das Blatt der Reichswehr

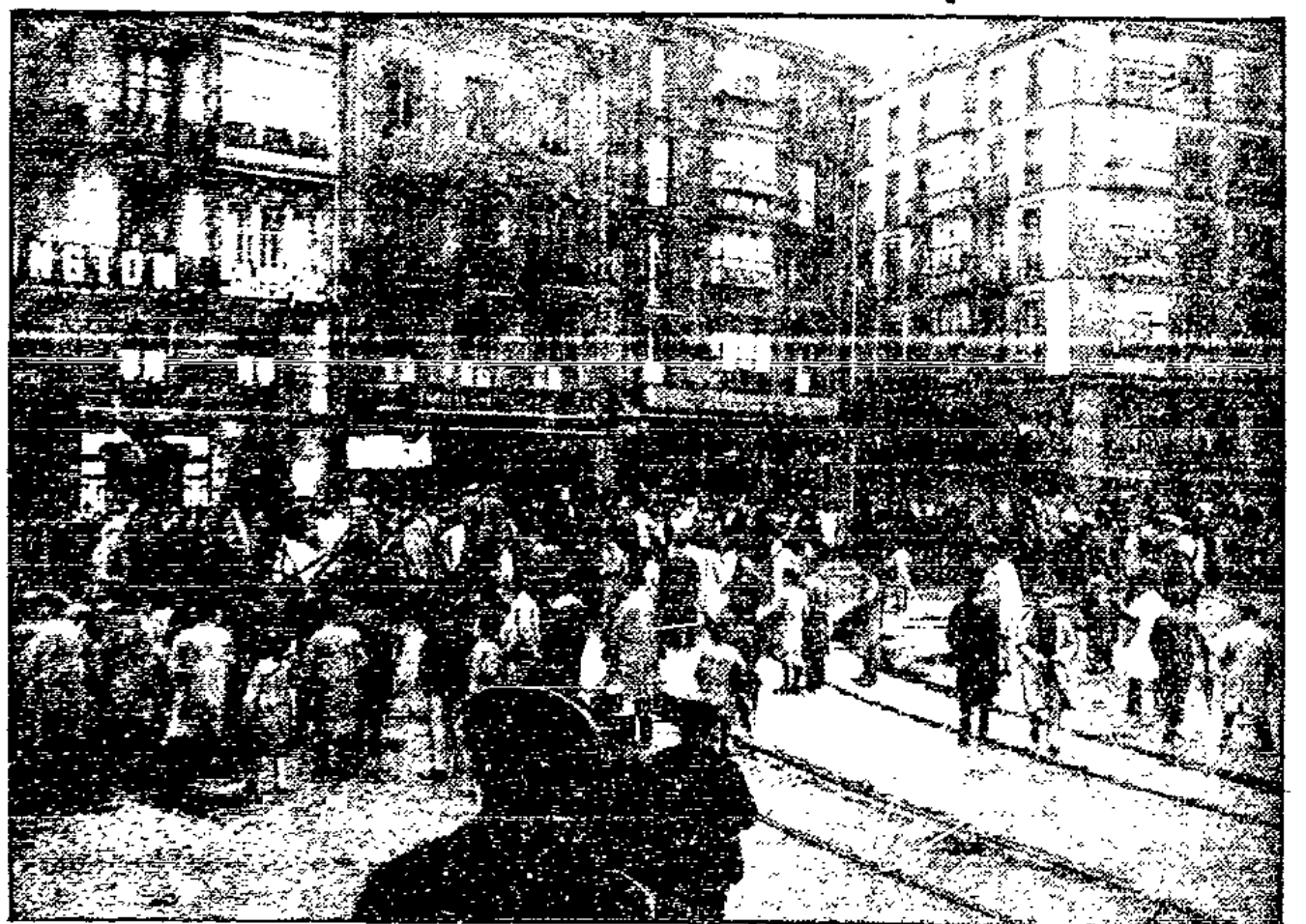
sich nach wie vor aufs hohe Pferd setzt, wenn also Herr Brüning, ob er will oder nicht, gezwungen ist, in Lausanne-Ouchy oder bei Nichtstattfinden der Konferenz noch einmal von Berlin aus das zu erklären, was die „Berliner Börsenzeitung“ als Befehl am Schluß ihres Artikels ausgibt, so wird das zwar in der Welt wie der Schrei eines Vogels auf hohem Berggipfel verhallen, in den engen und leeren Wänden der politischen Kinderstube Deutschlands aber wie Donnergeroll dröhnen. Nur wird Herr Brüning nicht die Rolle des blitzschleudernden Zeus spielen, sondern wird verantwortlich gemacht werden für die Niederlage, die er als Adept Hitlers auch verdient hat.

Ginge er einen anderen Weg, womit aber kaum zu rechnen ist, so hätte er erst recht den Rückhalt von seiten der ausschlaggebenden Macht in Deutschland, der Reichswehr, verloren. Ob er ihr als Unterlegener trotz eines versuchten Faustschlages genügen wird, das ist eine andere Frage. Herr Brüning hat es mit diplomatischer Anpassung versucht; aber diesmal scheint er sich verrechnet zu haben. Auch die Kalkulationen der Kirche gehen nicht immer auf. Der Heilige Gott steht bekanntlich immer bei den stärksten Bataillonen.

Und ob die in einigen Tagen oder Wochen noch hinter Brüning stehen, das weiß vielleicht Herr Schleicher, vielleicht auch Herr Groener. Und Herr Brüning dann allenfalls, daß er eben doch eine... gottverlassene Politik gemacht hat.

Henderson wieder gesund. Arthur Henderson ist nunmehr wieder völlig genesen. Er hat am Montag seine Arbeiten in der Parteizentrale der Arbeiterpartei wieder aufgenommen.

Militär „wacht“ über Spanien



Die Stadt Bilbao wird militärisch bewacht. In Barcelona traten 20 000 Metall- und Textilarbeiter in den Streik.

Der zweite Fünfjahres-Plan

Weitere Etappen auf dem Weg zum Sozialismus

Mit dem Abschluß, den am Ende dieses Jahres der erste Fünfjahresplan der Sowjetunion erfahren wird, ist die erste Etappe auf dem Wege zum Sozialismus, die Schaffung der Fundamente eines modernen Industriestaates erreicht worden. Mit der Erfüllung des Planes sind aber Verpflichtungen verbunden für den weiteren Ausbau der Sowjetwirtschaft, die so gewaltige Anforderungen stellen, daß sie nur in Pläne auf noch weitere Sicht gebracht werden können. So ist der zweite Fünfjahresplan nur der erste Teil eines großen Fünfzehnjahresplanes, der in seinen Grundzügen ungefähr feststeht. Der zweite Fünfjahresplan ist in seinen Einzelheiten noch nicht abgeschlossen. Einer großen Planungskonferenz wird diese Arbeit vorbehalten sein. Deren Kommissionen sind bereits jetzt dabei, unter Vermeidung der Mängel und Fehler, die sich beim ersten Fünfjahresplan noch bemerkbar machten, durch besonders sorgfältige Vorarbeit die Voraussetzungen für die vollkommene Realisierung des Planes zu schaffen. Aber einige Perspektiven sind schon heute bekannt.

Die Tendenz des ersten Fünfjahresplanes galt der Schaffung bzw. Forcierung der Schwerindustrie, die ja die Voraussetzung für die Entwicklung zum Industriestaat überhaupt ist, die Versorgungsindustrien kamen hierin zu kurz. Darin haben in der Hauptsache die heute noch bestehenden Mängel in der Versorgung der russischen Arbeiter ihre Ursache. Der zweite Fünfjahresplan wird sich hauptsächlich der Entwicklung der Konsumindustrien, der Textilindustrie und der Nahrungsmittelindustrie usw. widmen und damit den Leistungen des ersten Planes ein umfassenderes Aussehen auch in den Lebensbedingungen der russischen Arbeiter geben. Ferner wird der zweite Fünfjahresplan die Schaffung neuer Industriezentren, die Verbindung der riesigen Erzlager des Ural, mit den ebenso gewaltigen Kohlenbecken von Kasakstan einerseits und Kusnetz andererseits, in einem großen Kombinat erstreben. Die Voraussetzungen für das Gelingen dieses Riesenunternehmens sind vorhanden in einer Bahnlinie Ural—Kusnetz in einer Länge von 2000 km, während eine Bahnlinie Ural—Kasakstan von 1000 km Länge gegenwärtig im Bau ist. Angara—Baikalsee, sowie Zentralasien werden durch Reichtum an Bodenschätzen ebenfalls in dieses Kombinat einbezogen werden. Sowjetrußland wird ein ausgesprochenes Industrieland werden, während im Jahre 1913 47 Prozent aller volkswirtschaftlichen Werte in der Industrie, aber 53 Prozent in der Landwirtschaft investiert waren, war im Jahre 1931 das Verhältnis umgekehrt 57,9 Prozent in der Industrie und nur 42,1 Prozent in der Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Entwicklung wird ihre Geleise in die Entwicklung der Industrie schlagen und dort forciert werden, wo die neuen Industrien entstehen. Die Anbaufläche betrug 1913 105 Mill. ha, 1931 137,5 Mill. ha, 1932 wird sie 141 Mill. ha betragen. 1932 wird die Kollektivierung 72 bis 75 Prozent der Anbaufläche erreichen. Die Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftsformen wird sich flächenmäßig verteilen 107 Millionen ha Kollektive, 14 Millionen ha Staatsgüter und nur 20 Individualwirtschaften. Die Traktoren werden durch Traktoren- und Maschinenstationen rationell ausgenutzt werden. Durch die Vermehrung der Traktoren und die Hebung der Düngemittelindustrie wird der Ertrag pro Hektar von 7½ auf 8½ Doppelzentner steigen.

Sehr interessant sind die wissenschaftlichen Forschungen, die der zweite Fünfjahresplan verwerten will. Man will die Anbaufläche bis in den hohen Norden verschieben, zahlreiche Versuche machen, Pflanzen auch in andere Gegenden zu verlegen, so Baumwolle nach der Krim und der Ukraine, andere Pflanzen sollen neuen Verwendungszwecken zugänglich gemacht werden, so sind bisher unbekannte Pflanzen zur Gewinnung von Bastseide, Gerbstoffen, Kautschuk, Baumwollstoffen entdeckt worden. Der Kampf gegen die Dürre, der infolge des kontinentalen Klimas einiger Gegenden sehr wichtig ist, wird mit großem Erfolg geführt. So hat die unter ungünstigen Bedingungen stehende Ernte im Jahre 1931, die unter ganz besonders günstigen Bedingungen stehende Ernte des Jahres 1930 weit übertroffen.

★

Die Traktorenproduktion in Sowjetrußland

Moskau, 17. Januar.

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, haben die Arbeiter und Fach-

leute der Stalingrader Traktorenwerke in einem offenen Briefe an Stalin sich gegen die wiederholten Meldungen der ausländischen Presse gewandt, in denen von einem angeblichen Fiasko der Produktion der Werke die Rede war. Die Belegschaft weist demgegenüber auf folgendes hin: Im Juli 1930 stellten die Werke zwar insgesamt nur 5 Traktoren her, im Januar 1931 602, aber im Dezember 1931 bereits 2725 und gegenwärtig täglich 120. Seit der Inbetriebsetzung wurden 20 000 Maschinen geliefert. Gegenwärtig stellen die Werke außerdem dreiviertel der komplizierten, früher aus dem Auslande bezogenen Instrumente selbständig her. Die Ingenieure und Techniker arbeiten einen Plan aus mit dem Ziele, für den Traktorenbetrieb zum Dieselmotor überzugehen, wodurch Erzeugenschaften der amerikanischen Technik überholt und 100 Millionen Rubel an Betriebs-

stoff erspart werden könnten. Der Lohn ist zum Vergleich im März 1931 über 100 Prozent gestiegen und beträgt für verschiedene qualifizierte Arbeiterkategorien 170 bis 400 Rubel und mehr. Dies Fabrikkollektiv verpflichtete sich, bis zum 1. Mai die Tagesproduktion auf 144 Traktoren zu steigern und im Laufe des Jahres 1932 400 000 Traktoren herzustellen.

★

Die sowjetrussischen Eisenbahnen

Moskau, 19. Januar.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Verkehrsministeriums haben die Eisenbahnen auf dem ganzen Gebiet der Sowjetunion im Jahre 1931 254 Millionen Tonnen

Güter befördert, doppelt soviel wie 1913. An Fahrgästen wurden 709 Millionen befördert und damit die Zahl von 1913 um das Vierfache übertroffen.

★

Radium aus russischen Rohstoffen?

Moskau, 19. Januar.

Nach einer amtlichen Meldung soll es der Vereinigung der Industrie seltener Metalle gelungen sein, Radium aus russischen Rohstoffen zu gewinnen. Die ersten Versuche hätten ein günstiges Ergebnis gehabt und die Regierung habe 50 000 Rubel zur Verfügung gestellt, um weitere Versuche durchzuführen. Bekanntlich hat Rußland bisher Radium auf dem Weltmarkt gekauft.

Gegen die Lübecker Ärzte:

Gefängnisstrafen beantragt

Lübeck, 19. Januar.

In der heutigen Sitzung des Tuberkulose-Prozesses beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Lienau nach Schluß der Plädoyers auf Grund des § 222 Abs. 2 des Strafgesetzbuches (fahrlässige Tötung) gegen Professor Deycke und Obermedizinalrat Dr. Altstaedt eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, gegen Professor Dr. Klotz ein Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schütze.

★

Der Oberstaatsanwalt erklärte zum Schluß des Plädoyers: Nun kommt für mich die Straffrage. Für die Strafbemessung kommt der § 222 des Strafgesetzbuches in Betracht; sie hält sich im Rahmen von einem Tag bis zu fünf Jahren Gefängnis. Wir müssen daran denken, daß 77 Kinder der Rasen deckt, daß viele Kinder lange Zeit krank gewesen sind, daß viele Eltern schwere Sorgen gehabt haben und daß wir heute noch nicht wissen, ob nicht sämtliche Kinder dauernden Schaden davontragen. Wir dürfen auch den großen materiellen Schaden nicht vergessen, der dem Staat erwachsen ist, und daß Dr. Altstaedt außerordentlich fahrlässig gehandelt hat. Aber, und das ist gerade das, was die Entscheidung überaus schwer macht, auf der Anklagebank sitzen Männer, die ihre ganze Kraft dem Beruf gewidmet

haben, die mit ganzer Liebe der Gesundheit und dem Wohl der Menschheit dienen. Professor Deycke ist ein Mann von hoher ethischer Lebensauffassung, dem Kant das andere Ich geworden ist und der nach den Worten handelte: Ich habe nicht glücklich zu sein, sondern meine Pflicht zu tun. Wir sehen ferner, daß Dr. Altstaedt von dem Gedanken sich leiten ließ, die Lübecker Kinder von dieser furchtbaren Krankheit zu retten, nachdem er vorher seine Gattin durch Tuberkulose verloren hatte. Prof. Klotz ist ein anerkannter Kinderarzt. Aber wir haben dem Gesetz zu folgen, dem wir alle unterliegen. Ueber die Hälfte des vorgesehenen Strafmaßes muß ich bei Prof. Deycke und Altstaedt hinausgehen. Bei Prof. Klotz können wir die Sache milder ansehen. Der Oberstaatsanwalt stellte dann die bereits gemeldeten Strafanträge.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Donnerstag vertagt.

★

70 000 Mark — bisherige Kosten

Lübeck, 19. Januar.

Oberstaatsanwalt Dr. Linau teilte zu Beginn seines Plädoyers im Calmette-Prozeß mit, daß sich die Kosten bei diesem Prozeß bis heute auf etwa 70 000 Mark belaufen.

Das Gebet eines Geistlichen

Posen, 19. Januar.

Der polnische Geistliche Mieszkis-Uzerski hat eine Broschüre „Wojna“ herausgegeben, in der sich folgendes „Gebet der polnischen Christen“ befindet:

„O, Herr, verleihe unseren Händen Kraft, Vortrefflichkeit den Kanonen, Ausdauer den Tanks, Unsichtbarkeit den Flugzeugen, Flüssigkeit und Allgegenwart den Gasen, verleihe ihnen die Zeichen, die deiner heiligen Liebe gleich sind. Im Namen dieser Liebe, mit der du uns liebst, möge der Feind dahinsinken wie das Gras, das von der Sense deiner Gerechtigkeit berührt wird.“

Mögen ihre Frauen und ihr Land unfruchtbar werden, mögen ihre Kinder betteln gehen und ihre Töchter der Schändung anheimfallen! Mögen ihre Kugeln und Geschosse ins Gras fallen wie die Lämmchen und mögen die Unsrigen aus ihnen wie die Tiger das Herz und Blut herausreißen und mögen sie endlich erblinden.

Unsere Seele ist dieselbe wie vor tausend Jahren, sie haßt den Feind und verzeiht ihm nicht, so verzeihe auch du nicht den Gottlosen, sondern strafe sie, auf daß sie aufhören, uns zu schaden, und hindere uns gnädigst nicht daran, wenn wir sie unschädlich machen, für jetzt, für immer und in alle Ewigkeit. Amen!“

Der Vorgesetzte dieses Geistlichen, der Bischof von Posen-Gnesen, hat bisher nichts gegen ihn unternommen. Ebensovienig wie die Kirchen in Deutschland Schritte gegen die nationalsozialistischen Hetzpfaffen unternommen.

Wieder ein Freitod wegen Schulzensuren

Berlin, 19. Januar.

Die 14jährige Schülerin Liselotte Backhaus in Wilmsdorf beging am Montagabend in der elterlichen Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung. Der Grund zur Tat liegt in verletztem Ehrgefühl. Die Mutter hatte dem Kinde wegen mangelnden Fleißes in der Schule Vorwürfe gemacht. Das Mädchen hatte die zeitweilige Abwesenheit der Mutter dazu benutzt, den Gashahn zu öffnen.

In der Badewanne ertrunken

Düsseldorf, 19. Januar.

Eine 45jährige Frau wurde hier, als sie ein Bad nahm, durch Kohlenoxydgase, die dem Ofen entströmten, betäubt. Die Hausangestellten fanden sie, als sie der Ursache des Gasgeruches in der Wohnung nachgingen, ertrunken in der Badewanne. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Schieber im Abzugsrohr des Badeofens verschlossen war, so daß die giftigen Gase nicht nach außen entweichen konnten.

Berggrutsch am Hohenstein

Alfeld (Hannover), 19. Januar

Oberhalb des Ortes Brunkensen hat sich am Abhang des sogenannten „Kiekedal“ ein großer Berggrutsch ereignet. Der Kiekedal wird gekrönt vom Hohenstein, einem weithin sichtbaren Felsen, der seit Jahren unter Naturschutz steht. Infolge der starken Regengüsse der letzten Zeit sind in einer Länge von etwa 400 Metern große Bodenmassen in Bewegung geraten und zu Tal gegangen; der gesamte Waldbestand ist vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich. Ein großer Teil des Weges am Fuß des Abhangs ist verschüttet.

Sie wollte den schlafenden Ehemann anzünden

Saarbrücken, 19. Januar.

In Altenwald ist ein Ehemann einem furchtbaren Tode entgangen. Seine Frau hatte ihn, als er noch schlafend im Bette lag, mit Petroleum übergossen. Als sie nun mit einer Fackel aus brennendem Zeitungspapier das Feuer anfachen wollte, erwachte der Mann und konnte im letzten Augenblick seiner Frau das brennende Papier aus der Hand schlagen.

Durch Kohlendioxid erstickt

Paris, 19. Januar.

Drei Schiffer eines französischen Schleppers, der auf der Saône bei Rambaud vor Anker lag, wurden von ihren an Bord zurückkehrenden Kameraden in ihrer Kabine tot aufgefunden; sie sind durch ausströmende Kohlendioxid erstickt.

Grubenexplosion in Virginia

Sechs Tote.

Parrott (Virginia), 19. Januar.

Sechs in den Anthrazit-Gruben der Pulaski-Gesellschaft arbeitende Bergleute sind durch eine Explosion getötet worden.

Unwetter in West- und Mittelnorwegen

Oslo, 19. Januar.

In West- und Mittelnorwegen tobte am Montag ein schweres Unwetter, das große Verheerungen anrichtete und auch Menschenleben forderte. In der Nähe von Voss an der Bergen-Bahn riß ein Erdsturz ein Wohnhaus um. Eine Frau und ihr dreijähriges Kind kamen dabei ums Leben. Ein 73jähriger Greis wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Im Gebiet des Dovre-Gebirges und im Gulbrans-Tal hat das Unwetter ebenfalls viele Häuser zerstört.

Deutschland, Deutschland über...



Alle ausländischen Militärsachverständigen erörtern zur Zeit die Erfindung des deutschen Erfinders Gerlich, der ein Gewehrgeschöß konstruierte, das die gewöhnliche Patrone an Geschwindigkeit und Wirkungskraft um das Dreifache übertrifft.

Man sagt, daß die Erfindung das gesamte Kriegswesen zur Umstellung zwingen wird.

★

Da eine allgemeine Abrüstung zu umständlich und zeitraubend sein würde, wird man selbstverständlich lieber „umstellen“.

Feuilleton der SAZ

Zweimal Carl Severing

Dieser Tage ist eine kleine Biographie über Carl Severing von Dr. Hans Menzel erschienen.

Der Zufall will es, daß just am gleichen Tage im „Berliner Tageblatt“ und dem Organ der „linken“ Sozialdemokratie, der Chemnitzer „Volksstimme“, eine kleine Besprechung erscheint.

Die „Volksstimme“:

„Otto Braun und Carl Severing sind heute mit die prominentesten Führer der deutschen Sozialdemokratie. Ihnen darf das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie als Staatsminister sich ihrer Partei nicht entfremdeten. Sie haben nicht vergessen, woher sie gekommen sind. An ihrer Treue zur Partei, ihrer sozialistischen Überzeugung ist nicht zu zweifeln oder zu rütteln. Darin gelten sie vor allem der jungen Generation in der Partei als Vorbilder.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt: „Daß sich aus These und Antithese die Synthese ergebe, daß sich über Revolution und Reaktion die höhere Einheit erhebe,

der Volksstaat der Deutschen — und daß er (Severing) sich niemals von der Grundlage der nationalen Willensbildung entfernt hat. Es ist für dieses Leben gleich charakteristisch, daß Menzel hervorhebt, Severing habe in seiner langen parlamentarischen Laufbahn nur ein einziges Mal, im April 1911, einen Ordnungsruf im Reichstag erhalten. . . . Kein großer Revolutionär, aber ein guter Staatsmann und eine starke, ruhige, zielbewußte Persönlichkeit.“

Wir brauchen die Darlegungen des „Berliner Tageblattes“ nicht anzuzweifeln. Wenn wir aber auch auf die Chemnitzer „Volksstimme“ hören wollen, nach der sich Severing seiner Partei nie entfremdet habe, so ergibt sich „aus These und Antithese die Synthese“, daß sich die SPD niemals von der „Grundlage nationaler Willensbildung“ entfernt hat, daß sie niemals sehr revolutionär, aber immer sehr staatsmännisch im Interesse des bürgerlichen Staates gewesen ist. Was nicht mehr zu beweisen war!

Radiohörstunde in der Lindenstraße

Der „Sozialistische Kulturbund“ hat sich neuerdings in Berlin einen „Ausschuß für Rundfunkhörstunden“ ange-schaffen, der Hörspiele proletarischen Charakters oder — was durchaus nicht dasselbe zu sein braucht, wie der Fall Gerhard Menzel mit seinem „Schlesien“ bewies — von SPD-Männern verfaßte Funkdichtungen gemeinsam abhört und dann einer Diskussion unterzieht. Es ist sehr lehrreich, diesen Veranstaltungen beizuwohnen, weil die Diskussionen Schlüsse zulassen auf die Stimmung innerhalb der Partei.

Da wurde zunächst in der Hörstunde am vergangenen Sonnabend festgestellt, daß von 100 Vertretern der Organisationen, an die Einladungen ergangen waren, knapp zwei Dutzend erschienen waren. Ferner, daß der „Arbeiter-Radio-Bund“ von den Millionen gewerkschaftlich Organisierter nicht mehr als ein paar Tausend erfaßt habe! Die Gründe liegen auf der Hand: Leute vom Schlage Heilmann, Baake, Weimann, die als Renommiersozialisten in den offiziellen Rundfunkausschüssen sitzen, sind bisher den Beweis dafür schuldig geblieben, daß sie sich für die sozialistischen Interessen der Arbeiterhörer einsetzen. Sie machen, genau wie in der Politik, die Faust im Sack und denken, das sei das „kleinere Übel“.

Zur Debatte steht ein „Lehrspiel“ des bekannten Arbeiterdichters Bruno Schön-lank: „Arbeiterwelt“, im Rahmen der vom „Genossen“ Würzburger eingerichteten „Stunde des Arbeiters“, auf welche die „Deutsche Welle“ ungeheuer stolz ist — dieselbe „Deutsche Welle“, die kräftig in Sowjet-hetze macht. Die „Deutsche Welle“ — bei der der Ministerialrat „Genosse“ Woltd tonangebend ist neben dem Professor Schubotz,

welchen beiden Herren wiederum der berück-tigte Staatssekretär a. D. Heinrich Schulz nahesteht, Vorsitzender der merkwürdigen „Deutschen Kunstgemeinschaft“ — ist so eine Art Ventil für republikanische Gefühle, von denen man bekanntlich in der Herrn Groener unterstehenden „Funkstunde“ nichts wissen will. In dieser wegen seiner angeblich „marxistischen“ Tendenz von Hugenberg und Hitler mächtig angepöbelten Königswuster-hausener Welle gab es — merk auf, Proletarier! — eine „Arbeiterwelt“.

Wie sich Bruno Schön-lank die Arbeiterwelt vorstellt: Beim Herrn Bürovorsteher in einer geschmacklos, aber behaglich eingerichteten Kleinbürgerwohnung versammeln sich um den Teetisch ein „proletarischer“, aber zum Rundfunk offiziell zugelassener Dichter, Schön-lank persönlich, ein von Bühnenpathos geschwollener Opersänger namens Richard Klewitz und ein ehemaliger Schmied, der zum Funktionär aufgerückt ist, namens Karsten. Man plaudert scherzhaft von diesem und jenem — unter anderem auch vom Kegelschieben und Skatklappen — und kommt schließlich auch auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen. Aber man regt sich dabei nicht auf; warum auch, da man ja selber sein sicheres Auskommen hat? Zwischendurch geht einmal das Licht aus. Da werden nun die Herrschaften nervös: Gibt es einen Streik? Einer will sogar schießen hören. Aber unbesorgt: Schön-lank sorgt für ein „happy end“: das Licht geht wieder an, und alles ist vergnügt als zuvor. Nur einmal, als der ehemalige Schmied davon erzählt, wie er sich bei einem Streik, als man noch so etwas wie Klassenbewußtsein kannte, das Schnapssaufen an- und plötzlich wieder abgewöhnte, gibt es nachdenkliche Gesichter. Aber dann wird der Opersänger Klewitz an-

gespannt, der ein paar muntere Arbeiter-liedchen mit dem unverbindlichen Motto „Durch Nacht zum Licht“ und „Durch Kampf zum Sieg“, singt, und alles ist wieder quietsch-fidel.

In der Diskussion machten zwei, drei Leute den schwachen Versuch, das Machwerk zu retten, indem sie es, ähnlich wie der Autor selbst, als ein Mittel hinstellten, um den außerhalb der Partei Stehenden die soziale Frage sozusagen mundgerecht zu machen: man dürfe um Gotteswillen den Hörern nicht mit revolutionären Ideen ins Gesicht springen, sondern die sozialistischen Ideen in „homöo-pathischen Dosen“ verabreichen. Die Hörer dürften sich der klassenkämpferischen Gedanken gar nicht bewußt werden. Immer lang-sam voran! Vorsicht: Nicht schießen!!

Aber zur Ehre der Arbeiterhörer muß es gesagt werden, daß diese Kompromisse und Stillhalter durchaus in der Minderzahl blieben. Allgemein wurde das „sentimentale“, „romantische“ Lehrspiel, das man sich kaum in der Biedermeierzeit hätte gefallen lassen, ent-schieden abgelehnt. Die Art, wie der Arbeiter hier gekennzeichnet werde, der in der Not der Streiktage zur Schnapsflasche greift, und zusammenfährt, wenn ein Streik droht, sei geeignet, den Proletarier ver-ächtlich und lächerlich zu machen. Kurzum: diese Leisetreterei, die allem Klas-senkämpferischen weit aus dem Wege gehe, stiftete viel mehr Schaden als Nutzen. Das mußte sich ein offiziell anerkannter „Arbeiter-dichter“ sagen lassen. Und als an ihn die Frage gerichtet wurde, ob er nicht wie zwei bürgerliche Dichter, Hans Reimann und Fried-riech Holländer, den Versuch gemacht habe, am Mikrophon seine Hörer davon zu ver-ständigen, daß die Zensur in sein Manuskript eingegriffen habe, da wußte der „Arbeiter-dichter“ nichts zu erwidern. . . .

Vielleicht wird dieser „Hörabend“ manchen Teilnehmer darauf hingestoßen haben, daß die Haltung der SPD überaus kläglich ist. . . . H.

Holländische Filme in der Berliner „Kameca“

Holland kennt noch keinen Berufsfilm. Was dort gespielt wird, stammt aus dem Ausland. Die Filme von Joris Ivens, die dieser Tage gezeigt wurden, sind daher Erstlings-arbeiten. Keine Spielfilme mit sentimentaler Handlung, sondern aus dem Leben gegriffene Ausschnitte, denen man die russische Schulung sofort anmerkt. Der Film „Die Brücke“ arbeitet vorwiegend mit ungewohnten Perspek-tiven, der Film „Zuidersee“ zeigt in naturalistischen, fast wissenschaftlich exakten Bildern die Eindeichung des Polders bei Wieringen und ist ein ausgezeichnetes Zeugnis für die Arbeit, die dort in langen Jahren von der Arbeiterschaft geleistet wurde. Der Film, im Auftrag der Gewerkschaften gedreht, kann in seiner Idee auch für Deutschland als Vor-bild dienen; in gewerkschaftlicher Werbung und Arbeit ein wirksames kulturelles Hilfs-mittel. Recht nett ist auch der dritte Film, „Regen“, der nur durch allzuviel Idyll auf die Dauer etwas langweilig wirkt. Einen Rat darf man der holländischen Avantgardisten geben: verfallt nicht in die Kinderkrankheiten des Kinoamateurs und -fachmanns; liebt eure

gedrehten Filmbänder nicht so sehr, daß ihr Angst habt, die Schere kräftig zu benutzen! Alle drei Filme vertragen noch reichliche Schnitte, alle aber auch noch manche Um-gruppierung der vorläufig nur lose aneinander gereihten Szenen. Immerhin: für den Anfang sehr gute Leistungen. —el.

Wenn man Glück hat!

Carow und die Hofsänger

Da waren zwei Arbeitslose. Der eine Mechaniker, der andere Färber. Beide um Zwanzig rum. Drei Jahre schon arbeitslos — das besagt alles! Als es nun gar nicht mehr weiter ging — auf Arbeit war keine Hoff-nung mehr — da faßten sie einen Entschluß. Sie hatten frische junge Stimmen, konnten ein wenig auf der Laut klumpen.

So stellten sie sich nun auf die Höfe und sangen heitere und ernste Lieder. Gerade wie es die Zuschauer gern natten. Sie hatten bald heraus, was man am liebsten hörte. Und kamen sie um die Mittagsstunde in einen Hof, wo die Fabrikarbeiterinnen gerade ihre Pause hielten, dann wurde auch wohl ein Tanz ange-stimmt, und die Mädchen drehten sich in dem düsteren Hof und vergaßen eine Weile die finstere Fabrik und die schwere Arbeit.

Kein leichtes Brot! Wie oft, natürlich nur in den Häusern der reichen Leute, werden sie von einem fluchenden Hauswart weggetrieben. Reiche Leute hören nicht gern singen! „Die Leute sollen lieber arbeiten gehen!“ Und dann im Winter! Wenn die kalten Finger fast an den Saiten festfrieren und jede Beweglichkeit verlieren. . . .

So sangen sie vor wenigen Tagen wieder im Hofe einer Mietskasernen. Da beugte sich ein Mann zum Fenster hinaus und rief sie zu sich hinauf. Der Mann war Erich Carow, Der Künstler, der, aus dem Volke stammend, trotz aller Bemühungen der Kurfürstendamm-Snobs den Zusammenhang mit dem Volke nicht verloren hat, der — gleich dem Riesen Antaus — die Kraft aus dem Boden zieht, auf dem er steht.

Carow ließ sich die beiden Leuten also heraufkommen, und am nächsten Abend standen sie auf der Bühne am Weinbergsweg. So, wie sie auf der Straße standen, in ihren einfachen Anzügen, stehen sie nun da oben und singen ihre kleinen Liedchen. Und das Publikum freut sich und klatscht lebhaft Beifall. Erco.

Kleines Feuilleton

Die erste Kabarettoper.

Das Berliner „Kabarett der Komiker“ wird Anfang Februar die erste Kabarettoper zur Uraufführung bringen: „Rufen Sie Herrn Plum!“ Oper mit Prolog in einem Akt von Marcellus Schiffer und Kurt Robitschek, Musik von Mischa Spoliansky. Die Tenorpartie singt Harald Paulsen, die weiblichen Hauptrollen werden Ursula von Diemen und Alexa von Engström spielen. Die Autoren und der Kom-ponist haben keine Opernparodie geschrieben, sondern versuchen die neue Kunstart der Ka-barettoper zu schaffen, die neben den Gesangspartien auch eine Sprechrolle in Rezita-tiven enthalten wird; diese Rolle ist Paul Morgan anvertraut.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 5

25. Fortsetzung

Das „Jawohl, Herr“ kommt nicht sofort zurück.

16 ist jener mit den schneeweißen Haaren und den unwahrscheinlich blauen Augen.

16 ist in Gedanken versunken. Er denkt daran, daß man hier nicht denken darf. Sie müssen alle immer in Bewegung sein, wie Flugzeuge, die nie in der Luft halten können, für die Stillstehen Abstruz und Tod bedeutet. „16, 825.“

Jetzt kommt erst zögernd die Antwort.

„Jawohl, Herr.“

„Schlafst du? Meinst du, du wirst be-zahlt, um hier zu träumen?“

Der Chef der Pagen kann nicht lange schimpfen, die Telephone klingeln, immer ruft er neue Zahlen in den Raum; 16 ist schon längst fort.

Aber wieder geschieht etwas, um ihn aus der Ruhe zu bringen. 8 antwortet nicht.

„8, 1625.“

Kein „Jawohl“, nur das Kichern der Jungen.

8 ist der Hellblonde; er schläft. Seine rechte Hand ruht auf dem Knie, der Körper ist vorgebeugt und vorschriftsmäßig sprung-bereit, aber der Kopf ist auf die Brust ge-fallen. Er läßt sich nicht leicht wecken. Seine Nachbarn rütteln an ihm, aber er schläft. Alles kichert. Da schreckt er auf.

Das Lachen wird stärker.

Er weiß im ersten Augenblick nicht, wo er ist.

„He, Junge, wenn dir noch einmal was

Aehnliches passiert, wirst du gefeuert. 8, 1625.“

„Verzeihung, wie war die Nummer?“

„Hör, mein Junge, jetzt ist's höchste Zeit, daß du wach wirst. — 1625.“

„Jawohl, Herr.“

„44, 1025.“

44 ist Salvatore und 1025 ist Herr Fish.

Herr Fish wandert in seinem Zimmer auf und ab. Er ist etwas nervös, er kann es nicht leugnen, dieser Mangel an Kaltblütigkeit ärgert ihn. Er sagt sich, daß die Hauptbedin-gung eines Sieges Nerven sind. Und sonst hat er sie doch; er will sie auch heute behalten. Er will siegen, seinen Plan genau ausarbeiten.

Salvatore steht vor ihm und wartet.

Herrn Fishs Hand steckt in der Hosent- tasche und klimpert mit Münzen.

Salvatore sieht ihn an und denkt ganz scharf, denkt an nichts anderes: Keine Münze, versteht du, keine Münze, Papier. Bald ist der Vormittag um und noch kein Dollar ver-dient. Keine Münze, — Papier!

Herr Fish scheint Salvatore dringenden Wünschen nachzugeben, — so meint wenig-stens Salvatore, denn 1025 zieht ein Bündel Banknoten aus der Tasche.

Na also, denkt Salvatore befriedigt.

Aber die Banknote, die Herr Fish heraus-zieht, ist nicht für Salvatore, und seine Wünsche sind komplizierter Art.

„Höre, mein Junge, du gehst hier in den Blumenladen des Hotels, kaufst Blumen, — verstanden? — und bringst sie einer Dame, die hier in demselben Stockwerk wohnt. Der

Name ist Marjorie Strong und hier hast du auch ihre Zimmernummer. Du sagst nicht, von wem die Blumen sind. Verstanden? Du weißt nichts. Man hat sie dir in der Halle übergeben. Aber es kommt nicht auf die Blumen an; deine Aufgabe ist, paß mal gut auf, herauszubekommen, wohin diese Dame heute mittag geht. Wie du das anstellst, ist deine Sache. Die siehst schlaun aus, Junge, du wirst es schon schaffen. Dann kommst du sofort zurück und berichtest mir. Ver-standen?“

Salvatore denkt nur: du Schuft, und keine Banknote für mich.

Herr Fish scheint diesen Gedanken Sal-vatores zu erraten, denn er sagt: „Wenn du deine Sache gut machst, vergesse ich dich nicht. Los, Junge, spring.“

Unweit Herrn Fishs Tür trifft Salvatore Shirley. Sie blickt in die Luft und tut so, als sähe sie ihn nicht.

Salvatore hat keine Zeit, sich zu ärgern; er hat auch keine Zeit, lange Celestina an-zuhören, die jetzt auch aufgetaucht ist, gleich nach Shirley. Sie hält einen Eimer, Bürsten und Scheuertücher in der Hand und muß auf-passen, ob nicht irgendwo Frau Magpag er-scheint, und außerdem will sie auch Shirley nicht aus den Augen lassen, soweit es ihr möglich ist. Keine leichte Aufgabe.

Nun versucht sie, in Salvatore einen Ver-bündeten zu bekommen. Sie muß endlich wissen, was Shirley vorhat. Sie schmeichelt Salvatore, er sei ein so kluger Junge, er könne alles herausfinden, was er nur wolle.

Oho, er hätte gar nicht die Absicht, etwas über Shirley herauszufinden. Er wisse nur, sie wolle nichts mehr mit ihm zu tun haben, das genüge. Er laufe keinem Mädchen nach, das ihn von oben herab behandle, und das scheinbar jetzt eine bessere Gesellschaft ihm vorziehe.

Aber das ist es ja, was auch Celestina erfahren möchte: wer eigentlich die bessere Gesellschaft sei.

Weil Salvatore es eilig hat und weil Ce-

lestina ihn so bittend ansieht, verspricht er seine Beihilfe. Heute nachmittag ist er frei, er hat Abenddienst, vielleicht gelingt es ihm, einiges zu erfahren.

Aber auch Shirley hat ihre Pläne. Sie ahnt, was die Mutter mit Salvatore bespricht. Sie sucht sich gleichfalls eine Verbündete: Ingrid.

Diese ist eifrig bei der Arbeit, aber hat nichts gegen ein kleines Gespräch mit Shirley.

„Ingrid, weißt du, mir scheint, du gefällst Salvatore.“

„Nein, das ist nicht wahr, du willst mich nur ärgern.“

„Höre, Ingrid, du hast heute Abenddienst und bist nachmittags frei, genau wie Sal-vatore. Du kannst es ja so einrichten, daß ihr euch begegnet und du wirst selbst heraus-finden, ob ich recht habe.“

9.

Es ist Mittagessenszeit für das Personal. Nicht alle essen gleichzeitig und freilich auch nicht alle im gleichen Raum.

Nein, es gibt sehr viele und verschieden-artig eingerichtete Räume. Rein äußerlich wird so schon die besondere Stellung des Per-sonals stufenweise zum Ausdruck gebracht. Die Trennung erfolgt aber nicht nur nach der Stellung, sondern auch nach den Geschlechtern und der Rasse: Männer und Frauen essen in getrennten Räumen, die Neger werden nicht mit den Weißen vermischt.

Die erste Stufe der verschiedenen Katego-rien nimmt die Direktion ein. Sie kann man allerdings kaum zum eigentlichen Personal zählen; sie ißt auch nicht, sie speist. Hier geht es zu, als handele es sich um Gäste: weiche Teppiche, die jozes Geräusch ersticken, vornehme und lautlose Kellner, feinstes, blendendweißes Linnen, bestes Porzellan, Kristall-gläser und vollständigste Auswahl nach der Speisekarte des teuersten Hotelrestaurants.

(Fortsetzung folgt)

Der Weg zur Einheitsfront

Vorstoß in der Düsseldorfer Betriebsräteversammlung

Im Düsseldorfer Volkshaus sprach in einer Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Dr. Seelbach, der Leiter der Bundesschule des ADGB in Bernau, über die Aufgaben der Funktionäre in den Gewerkschaften. Er führte u. a. aus:

Aufgabe der Funktionäre sei es, die Führer der Gewerkschaften bei der Masse zu rechtefertigen. Nach nationalsozialistischem Muster müsse man mit den Führern mehr Kult treiben, denn dadurch würde eine Bewegung groß und stark. Die Führer hätten bei der vierten Notverordnung ihr möglichstes getan, um sie für die Arbeiterschaft günstig zu gestalten. Leider sei aber Brüning seinen eigenen Weg gegangen, ohne die Gewerkschaftsvorschläge zu berücksichtigen. Die Führer hätten nun die unangenehme Aufgabe, die Notverordnung bei den Arbeitern zu vertreten. Die Lasten der Krise hätten die breiten Massen zu tragen. Die politische Partei könne nichts anderes machen als die Notverordnung zu tolerieren, da bei einem Kampf der Arbeiterschaft die bisherigen Errungenschaften gefährdet wären. Es bleibe uns nichts anderes übrig als die Hoffnung, daß es dem Kapitalismus doch noch gelinge, aus der Krise herauszukommen. Allerdings würde der Kapitalismus dann anders sein, als er jetzt ist. Brüning's Bestreben als alter Gewerkschaftler sei es, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter in diese Zeit hinüberzuretten. Aufgabe der Funktionäre wäre es, dafür zu sorgen, daß die Massen nicht den Kopf verlieren und treu zu Organisation und Führer halten.

In der Diskussion traten die meisten Redner dem Referenten entgegen. Auf den Zwischenruf, eine Möglichkeit des kapitalistischen Auswegs aus der Krise zu zeigen, hatte der Redner nicht reagiert. Es kam zum Ausdruck, daß der proletarische Weg, den der Referent scheinbar nicht kennt, als einziger Ausweg übrig bleibt. Die geschmähten sozialen Errungenschaften, die der Arbeiterschaft noch übrig geblieben sind und die durch die Tolerierung geschützt werden sollen, wird Brüning bei der zwangsläufigen weiteren Verschärfung der Krise, selbst wenn er den guten Willen dazu hätte, nicht halten können. Die Massen sind durchaus nicht so ohnmächtig, wie die Führer es immer darstellen; es ist nur notwendig, sie zu einem einheitlichen Handeln zusammenzufassen. Den Ausgangspunkt für diese Einigung können die Betriebsräte bilden.

In seinem Schlußwort sprach der Referent seine Freude über die im allgemeinen sachlich verlaufene Diskussion aus. Zu Rußland legte er in Zurückweisung des Angriffes eines Diskussionsredners ein positives Bekenntnis ab. In Rußland sei ein unverkennbarer Aufstieg vorhanden, und wir hätten kein Interesse, diesen herunterzusetzen. Der Redner äußerte sich dann noch über den Genossen Sternberg, dessen wissenschaftliche Bedeutung er anerkannte, wenn er auch seine politischen Konsequenzen ablehnte. (Während der Diskussion wurde, da der Referent die offizielle ADGB-Politik vertrat, der Antrag gestellt, als entgegengesetzten Redner Dr. Sternberg zu hören.)

Es wurde dann noch folgende Resolution eingebracht:

„Die vierte Notverordnung hat endgültig bewiesen, daß der Staat und seine gesamten Organe es als ihre Hauptaufgabe betrachten, die Herrschaft des Kapitalismus durch immer schärfere Verelendung der Arbeiterschaft rücksichtslos durchzusetzen. Wir Arbeiter sind damit völlig auf uns selbst gestellt, und es bedarf unseres Kampfes in breiter Massenfront, sämtlicher Arbeitenden und schon Erwerbslosen, die Existenz der Arbeiterschaft zu sichern. Damit erwächst für die Betriebsräte die entscheidende Aufgabe, um deren Willen sie in der Zeit der revolutionären Kämpfe von der Arbeiterschaft ins Leben gerufen wurden, nämlich die Klassenfront des Proletariats gegenüber dem Unternehmertum und seinen politischen Ausführungsorganen zu bilden. Der Betrieb als Zelle des gesamten Wirtschaftsgeschehens und Ursprungsstätte der Ausbeutung ist am besten geeignet, die Grundlage zu einem einheitlichen Kampf der Arbeiterschaft zu bilden. Die freigewerkschaftliche Betriebsräte wählen deshalb einen Ausschuß, der eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte schleunigst einzuberufen hat, um so die Grundlage für den einheitlichen Kampf des Proletariats zu schaffen. Gleichzeitig sind in den Betrieben Betriebsversammlungen einzuberufen, in

denen die arbeitenden Massen zu den notwendigen Kampfmaßnahmen Stellung nehmen, um ihren Betriebsräten ihre Auffassung für die Vollversammlung zu übermitteln.“

Wenn auch eine einwandfreie Abstimmung durch das Verhalten des Vorsitzenden nicht möglich war, so stand doch zweifellos die übergroße Mehrheit der Versammlung gegen die Resolution und den vorher gehenden Antrag.

Hat die Versammlung somit auch keinen greifbaren Erfolg gebracht, so ist sie doch für uns, die wir vor allem rücksichtslose Klarheit notwendig haben, sehr wichtig. Nur dann können wir positive und erfolgreiche Arbeit leisten, wenn wir uns über die Ansichten der Arbeiterschaft keiner Täuschung hingeben. Aber auch die Arbeiter, die jetzt noch anderer Auffassung sind, zu zwingen, zu den grundlegenden Fragen Stellung zu nehmen, ist sehr wichtig. Denn nur so erreichen wir bei denen, die jetzt noch an der Notwendigkeit des Kampfes zweifeln, daß bei ihnen die Klarheit über die zu ergreifenden Maßnahmen kommt.

Da es in der Diskussion infolge Beschränkung der Redezeit nicht möglich war, die Resolution ausführlich zu begründen, sei hier noch einiges über den Sinn der Einheitsfront gesagt. Die Gewerkschaften sollen nicht verdrängt, sondern ihre Kampfkraft soll gestärkt werden durch Einbeziehung aller Arbeiter in die gemeinsame Abwehrfront. Von allen Seiten wird das Proletariat heute mit Einheitsfront-

parolen überschüttet. Zum Teil haben sich ihre Propagandisten Ziele gesteckt, die mit unserer tiefsten Not, der ungeheuren Verelendung, direkt nichts zu tun haben, z. B. die „Eiserne Front“. Vorbedingung für eine wirkliche Einigung ist das Vorhandensein konkreter Forderungen, deren Verwirklichung sofort in Angriff genommen werden kann, oder — um eine Formulierung von Karl Marx zu gebrauchen — „die unmittelbare Verständigung und Zusammenwirken der Arbeiter erlauben und den Bedürfnissen des Klassenkampfes und der Organisation der Arbeiter zur Klasse unmittelbar Nahrung und Anstoß geben“. Das Aufstellen weiterliegender Forderungen birgt die große Gefahr in sich, daß man, wenn es zum Kampf kommen soll, sich schon auseinander geredet hat. Bei der heutigen Situation ist die kleinste wirtschaftliche Forderung, für die man große Massen der Arbeiter zum Kampf führen kann, viel wirkungsvoller. Die günstigste Grundlage für die Einigung ist natürlich die Stelle, wo sich die Ausbeutung am unmittelbarsten auswirkt; das ist der Betrieb. Es wird nicht möglich sein, zuerst die Einigung der gesamten Arbeiterschaft vorzubereiten, und dann zu kämpfen, sondern mit den Kämpfen, die schon geeinte Teile des Proletariats durchführen, wird es uns möglich sein, die Front zu verbreitern, um sie schließlich so stark zu machen, daß ein erfolgreicher Kampf zum Sturz des Kapitalismus möglich ist.

Die Boxheimer eiserne Front

Die „eiserne Front“ hatte für Sonntag zu einer Demonstration im Leipziger Osten aufgerufen. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte schon Tage vorher in Schlagzeilen Aufrufe zur Beteiligung. Die allgemeine geistige Flachheit der ganzen Volkszeitung während der letzten Monate ist Ausdruck der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geworden. Die verheerende und hilflose Politik scheint den Arbeitern das Denken abgewöhnt zu haben. Die Volkszeitungsredaktion scheint vergessen zu haben, daß es Aufgabe einer jeden Arbeiterzeitung sein sollte, die Massen des werktätigen Volkes für den Kampf vorzubereiten und ihnen das Ziel des Kampfes zu zeigen. Statt dessen fordert sie in Schlagzeilen auf: Für die „Republik“ und die „Erhaltung der Demokratie“ zu demonstrieren. Ja, man sah sie demonstrieren: mit schwarzrotgoldenen Fahnen für die Demokratie, die es der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der „treuesten Stütze der Republik“, verbietet, ein Parteiabzeichen anzustecken und unter roten Fahnen zu demonstrieren.

Daß die SPD unfähig ist, mit ihrer Politik das Proletariat kampffähig zu machen, zeigte die Zahl der Demonstranten. 6000 bis 7000 waren dem Rufe der SPD, Gewerkschaft-

ten, Arbeiterportier und des Reichsbanners gefolgt. Bedenkt man, daß vor noch nicht einem Jahrzehnt die Zahl der nur politisch organisierten Arbeiterschaft in Leipzig nahezu 100 000 erreichte, so mutet eine derartige Demonstration vom Sonntag wie eine Katastrophe an. Die Massen haben der SPD die Gefolgschaft versagt. Die Arbeiterschaft kann den Zweck dieser schwarzrotgoldenen Politik nicht mehr erkennen — das ist die Quintessenz vom vergangenen Sonntag. Durch die „Neue Leipziger Zeitung“ vom Montag, die den Aufmarsch der eisernen Front als einen großen republikanischen Erfolg bezeichnete, erfährt man, daß Dr. Schäfer, der Enthüller der Boxheimer Dokumente, von Anfang an im Demonstrationszuge mitmarschiert ist. Auch die „L. V.“ wagt ihren Lesern diese Tatsache, daß ein ehemaliger Nationalsozialist in den Reihen der Arbeiter mitmarschiert ist, nicht vorzuenthalten. Sie sagt, Dr. Schäfer sei mitmarschiert, um der Mitwelt seine Wahrheitsliebe und seinen Kampf gegen die nationalsozialistische „Unmoral“ zu bekräftigen. So ehrlich ist sie aber nicht, ihren Lesern zu sagen, daß diese „eiserne“ Front bereits bis in nationalsozialistische Kreise, zumindest aber bis nahe daran, reicht. Wie weit sie wirklich reichen wird, werden wir zur Reichspräsidentenwahl sehen.

Düsseldorf

Einheitsfrontversammlung in Düsseldorf-Freiheit. 150 Arbeiter waren dem Ruf der SAP zu einer Versammlung im Stadtteil Freiheit gefolgt, eine für diesen Stadtteil beträchtliche Zahl. Es sprach Genosse Stedeli, Chemnitz, über „Die Einheitsfront des Proletariats“. In tiefstürfenden Ausführungen legte er den bekannten Standpunkt unserer Partei über die Notwendigkeit der Einheitsfront dar und forderte Schaffung über die Köpfe der Parteinstanzen hinweg. In der Diskussion kramte ein Kommunist alle Kamellen aus, las vor, was der Genosse Seydewitz 1919 (auch vor 13 Jahren!) geschrieben habe, und machte das der SAP von 1932 zum Vorwurf. Seine Ausführungen machte er selbst gegenstandslos, als er zum Schluß natürlich der Schaffung der Einheitsfront nur unter der Führung der KPD zustimmte. Weiter sprach dann ein SPD-Genosse, der aber wenig für seine Partei aussichtete. Nachdem noch unser Genosse Katzenstein in scharfer, aber sachlicher Form mit der KPD abgerechnet hatte, hielt Genosse Stedeli das Schlußwort. Die Ausführungen unserer beiden Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung war für unsere Partei unbedingt ein starker Werbeerfolg, der uns veranlassen muß, in nächster Zeit in allen Stadtteilen derartig öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Duisburg

„Wir schmieden die eiserne Front.“ Unter dieser Parole hatten SPD und Reichsbanner zu einer öffentlichen Volksversammlung nach Duisburg-Buchholz aufgerufen. Und siehe da: alle, alle kamen — nicht die „Volksstimme“ hatte noch eine Woche vorher stolz verkündet, daß das Haus überfüllt sei, wenn die SPD zu einer Versammlung aufrufe. Das scheint aber nur dann zuzutreffen, wenn man

die Mitglieder des gesamten Unterbezirks in die Versammlung kommandiert. Scheinbar läßt sich aber das nicht immer durchführen, und daher wohl der Mißerfolg in Buchholz. Alles in allem mögen hundert Personen an der erwähnten Versammlung teilgenommen haben, von denen fünfundzwanzig der KPD und der SAP angehörten und fünfzig Mann Reichsbanner aus Nachbarorten waren. Es bleiben also nur noch fünfundzwanzig Personen übrig, die auch nur zum Teil gewillt waren, in der „eisernen Front“ zu marschieren. Um diese 25 Menschen bemühte sich die Genossin Christmann, Barmen, M. d. L., mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre. Ihr Referat hatte — das soll anerkannt werden — gutes proletarisches Niveau, wenn man von den Schlußfolgerungen absah. Die Rednerin war ja nicht umsonst jahrelang Führerin der Parteioption im Bezirk Niederrhein. Ihre Schlußfolgerungen aber sind die Schlußfolgerungen der Weis, Breitscheid, Heilmann, Hilferding usw. Ihre Anklagen gegen die Regierung Brüning riefen bei unseren Genossen Lächeln hervor, denn sie „vergaß“ zu bemerken, daß die SPD durch ihre Tolerierungspolitik für alle diese Dinge mitverantwortlich ist. Das Referat war schon um 2¼ Uhr beendet. Man hätte also Zeit zu ausgiebiger Aussprache gehabt. Der Versammlungsleiter bewilligte jedoch auf höheren Befehl nur zehn Minuten Redezeit. Dabei hatten sich nur zwei Redner zu Wort gemeldet. Als erster sprach der Genosse Schmidt von der KPD. Seine Kritik an der SPD brachte die anwesenden Reichsbannerleute so in Rage, daß sie ihren Klassengenossen (zwanzig gegen einen!) von der Bühne entfernen wollten. Dann sprach unser Genosse Kuhn. Er betonte, daß er der Versammlung nicht das Schauspiel bieten wolle, sich von Klassengenossen vom Podium entfernen zu lassen. Er werde sachlich, aber in aller Schärfe zu den Dingen Stellung nehmen. Wer

heute die Erholung des Kapitalismus abwärts, der müsse auch seine Wiedergenesung wünschen. Das bedeute Bereitstellung von kapitalistischen Räumen, um das eigene Elend nach dort exportieren zu können. Das bedeute in letzter Konsequenz imperialistischen Krieg und bewaffnete Intervention gegen Sowjetrußland. Rußland aber sei das Vaterland der Arbeiter, und die Proletarier der ganzen Welt würden dieses ihr Vaterland mit ihrem Leben verteidigen. Seine Worte klangen aus in dem Ruf: „Wenn schon eiserne Front, dann nur in der Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats!“ Der Erfolg der SPD-Versammlung waren zwei Neuaufnahmen für die SAP.

Ahlen

Um die Einheitsfront. Die Mitgliederversammlung am Sonntag der Partei nahm u. a. einen Bericht über den Bezirksparteitag des Bezirks Westfalen-Nord entgegen. Der zum Jahresabschluß gegebene Bericht über die Entwicklung der örtlichen Parteibewegung wurde mit Interesse verfolgt. Die Mitgliederzahl nimmt laufend zu und auch die Kassengeschäfte bestätigen diese Entwicklung. Die im Anschluß an den Bericht vorgenommenen Ergänzungswahlen für den Ortsgruppenverband ergaben einstimmige Wahl der Genossen Wily Bunke, Theo Schier und Anton Drongowski in den Vorstand. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über den politischen Generalstreik als Mittel im Kampf um die Macht. Im Rahmen unserer Betrachtung wurde die Initiative unseres Parteivorstandes zur Bildung einer Einheitsfront auf breiter Grundlage, die schon vielerorts praktische Formen angenommen hat, begrüßt. Es soll auch in Ahlen der Versuch gemacht werden, dem drohenden Faschismus eine revolutionäre Abwehrfront entgegenzustellen. Zu diesem Zweck findet am Mittwoch, 18 Uhr, im Lokal Röhling (Dicken-Stein) die erste Sitzung statt, zu der auch andere politische Organisationen erscheinen werden.

Osnabrück

SAP marschiert; Hatte sich die Arbeit der Osnabrücker Ortsgruppe bislang auf das Stadtgebiet Osnabrück beschränkt und nur erst Führer in die Landgemeinden und umliegenden Städte ausgestreckt, so konnten wir jetzt die erste öffentliche Versammlung im Unterbezirk, und zwar in der Industriegemeinde Pente bei Bramsche, veranstalten. Die Versammlung nahm einen überaus guten Verlauf. Der Saal war überfüllt. Fast alle Arbeiter waren dem Ruf der SAP gefolgt. In dem Ort, in dem im Gemeinderat eine Zweidrittelmehrheit der SPD ist, wollten alle wissen, warum die SAP gegründet wurde. Und über diese Frage referierte der Genosse Bernhard Snöing vor der aufmerksam lauschenden Zuhörerschaft. Die Ausführungen wurden mit großer Sympathie für unsere Genossen aufgenommen. In der Aussprache sprachen Arbeitersekretär Timmer von der SPD, ein zweiter Genosse von der SPD, zwei kommunistische Genossen und unser Genosse Hans Lücke. Genosse Timmer mußte zugeben, daß Genosse Snöing die Ursachen der gegenwärtigen Krise und ihre Ausweglosigkeit durchaus im marxistischen Sinn aufgezeigt hatte. Der Kapitalismus stehe in der Dauerkrise, meinte auch Genosse Zimmer, und darum sei es notwendig, die Einheit der Arbeiterklasse zu wahren. Darauf aber erwiderte Genosse Snöing im Schlußwort, daß SPD und KPD das Parteiinteresse über das Klasseninteresse stellten, und daß es die SPD sei, die durch ihre Duldpolitik die Klassenfront der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus gespalten habe. Um die Einheit der Klasse wieder herzustellen, um die rote Einheitsfront über das kleinliche Parteiinteresse hinweg vorzubereiten, sei die SAP gegründet worden. Durch ihre Duldpolitik habe die SPD den Faschismus hochgepöppelt; nur durch die Einheitsfront des aktionsbereiten Proletariats, durch die Revolutionierung der Arbeitermassen in den Betrieben und in den sich passiv verhaltenden Gewerkschaften sei der Faschismus wirksam zu bekämpfen. Die Genossen Busch, Vater und Sohn, traten im Gegensatz zu ihrem Führer Thälmann für Terror ein; sie meinten, daß durch Einzelterrormaßnahmen des revolutionären Proletariats der Kapitalismus erschüttert und sturmreif gemacht werden könne. Die Auseinandersetzung hatte einen erfreulich sachlichen Charakter. Daher war es für die Versammlungsteilnehmer allgemein besonders angenehm, als der Genosse Busch Sohn der SAP in unsachlicher Weise vorwarf, sie sei der Agent des Kapitalismus, ohne jedoch den Versuch zu machen, das mit irgendeiner Tatsache zu beweisen. Genosse Busch meinte, die SAP sei für die Gewerkschaften, daher sei sie gewissermaßen halbfaschistisch. Genosse Snöing und Genosse Lücke erwiderten darauf, daß es unsere Hauptaufgabe sei, die Massen in den Gewerkschaften zu revolutionieren; außerhalb der Gewerkschaften wären wir zur Erfolglosigkeit verdammt, würden wir uns, wie die KPD-Politik beweist, völlig von der breiten Masse der Arbeiterschaft isolieren. Nach Schluß der Versammlung zeigte sich in der Aussprache vieler Gruppen, die noch untereinander über die Ausführungen sprachen, daß allgemein der SAP das größte Interesse und starke Sympathien entgegengebracht werden. Wie günstig die Stimmung für die SAP ist, zeigte sich in dem Ausspruch eines Penter Arbeiters, der sagte: „Ich wollte ja zu den Kommunisten gehen, aber das habe ich ja jetzt nicht mehr nötig.“

Organisationsnachrichten

SAP und SAZ Kaaspack: Donnerstag, 21. 1., 20 Uhr, gemeinsame Versammlung im Lokal Schmalzacher, Vortrag über: „Unsere Stellung zu Sowjetrußland“. Referent: Gen. Neumann, K52.

SAP Der tägliche Vorwärtch

Im ganzen Reich Fortschritte

In Niederhaußlau hat sich seit der Gründung die Zahl unserer Mitglieder um 33 Prozent vermehrt.

In dem kleinen Ort Eibau-Walldorf in Sachsen hat unsere Mitgliederzahl bereits die ersten Hundert überschritten.

In Schönbrunn i. V. wurde eine Ortsgruppe gegründet.

Zwei Genossen in Netzschkau waren in kurzer Zeit 45 neue Leser für die Parteipresse.

In Stendal wurde eine Ortsgruppe des SJV gegründet, der sich eine Reihe von Funktionären der SAJ sofort anschlossen.

In Oltaschin bei Breslau waren in einer einzigen Versammlung acht Neuaufnahmen zu verzeichnen.

„Linke“ Sozialdemokraten

Bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei hatten die Geraer SPD und ihre Führer einen guten Namen bei allen revolutionären Sozialisten. Als unsere Partei gegründet wurde, versuchte die Geraer SPD uns totzuschweigen. Was zu verstehen war, da in Gera die große Mehrheit der Sozialdemokraten die gleiche Auffassung hatten wie die SAP und Gefahr bestand, daß die Mitgliedschaft zu unserer Partei übertrat, wenn sie mehr von uns erfuhre.

Diese Totschweigepolitik wurde in der vorigen Woche aufgegeben, als unsere erste, von Geraer Genossen veranstaltete Versammlung angekündigt wurde. Nun begannen die „linken“ Führer der Geraer Sozialdemokratie gegen uns zu schimpfen, in einem Ton, der von keinem Heilmann überboten werden kann. Wir hängen lediglich folgende Zitate aus der „Osthüringer Tribune“ niedriger, um zu zeigen, wie wir bekämpft wurden:

„Konfusion um Rosenfeld“, „Gipfel der Gewissenlosigkeit“, „Irrsinn oder Verrat“.

Aber alles Geschimpfe war vergeblich. Die Versammlung unserer Partei war glänzend besucht und wurde zu einem großen Erfolg für uns, nicht zum wenigsten, weil sich die Geraer Wortführer der SPD bis auf die Knochen blamierten. Der Landtagsabgeordnete Herrmann und der Redakteur Petrich suchten die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Reden der Genossen Rosenfeld und Siemen zu widerlegen. Sie machten aber nicht den geringsten Eindruck. Trotzdem beantragte Petrich die Annahme einer Resolution, in der es hieß: Die Versammlung gibt gegenüber den „Spalter“, „ihren tiefsten Verachtung“ Ausdruck, sie betrachtet diese „als schlimmste Feinde“ und ruft die Arbeiterschaft auf, „alle Spalter abzuschütteln“. Kaum aber hatte Petrich diese Schimpfresolution verlesen, da bekamen es seine Parteigenossen mit der Angst zu tun: Der Geraer Parteisekretär forderte plötzlich seine „Schäfechen“ auf, den Saal zu verlassen. Aber auch dieses Manöver verpuffte vollkommen: Nur wenige Sozialdemokraten gingen hinaus, die meisten blieben und halfen, die Versammlung zu einem großen Erfolge für die SAP zu gestalten.

Die SPD in Gera, auf das Schimpfniveau hinuntergestiegen, verhartet auch nach der Versammlung beim Schmähen. Im Versammlungsbericht schreibt die „Osthüringer Tribune“ von „verantwortungslosen Kritikern“ und von einem „verantwortungslosen Streich“. Gleichzeitig berichtet dies bis vor kurzem noch so angesehenes Blatt auf Grund anderer für die SAP ausgezeichnet verlaufener Versammlungen, daß Rosenfeld „sich als niedrigster Demagoge entpuppt habe“. Ja, es wird ihm sogar besonders angekreidet, daß er von einer Versammlung zur anderen in einem Wagen mit dem Kommunisten Voigt gefahren sei. Das wäre gewiß kein Verbrechen gewesen. Aber auch dies vermeintliche Verbrechen hat sich die „Tribüne“ aus ihren Redaktionsfingern gezogen. Denn gemeinsam fuhr Rosenfeld nicht mit dem Kommunisten Voigt, sondern mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Brill, mit dem Dr. Rosenfeld zusammen fahren konnte, weil er in seinen Versammlungsreden gegen uns ein Muster von Anständigkeit und Sachlichkeit gegeben hatte, an dem sich die Geraer SPD-Führer ein Beispiel nehmen können.

Alle diese Vorgänge zeigen, wie tief „linke“ Sozialdemokraten sinken, nachdem sie bei der Parteispaltung nicht der Auffassung gefolgt sind, die sie bis dahin vertreten hatten.

Auch ein Wirtschaftsführer

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Kaufmann Günther Schmidt-Lorenzen Anklage wegen Konkursvergehens erhoben. Der Angeschuldigte war seit März 1925 Mitinhaber und seit Januar 1931 alleiniger Inhaber der Firma Seidenhaus Gustav Cords, über deren Vermögen im September v. J. das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Dem Angeschuldigten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1926/1929 trotz der ungünstigen Entwicklung des Geschäfts insgesamt über eine Million Reichsmark, also übermäßig hohe Beträge, zu privaten Zwecken aus dem Vermögen seines Geschäfts entnommen zu haben.

Hitlerismus und Faschismus

Von der Internationale der Nationalisten

Z. N. Berlin, 17. Januar.

Ueber die Fortschritte der Verbrüderung zwischen den deutschen und italienischen Faschisten in Italien berichtet die letzte Nummer der antifaschistischen Pariser Korrespondenz „Italia“:

„Die Hitlerschen Agenten verfolgen bei ihrem Vorgehen in Italien in Uebereinstimmung mit den faschistischen Führern einen doppelten Zweck: die Propaganda in den deutschen Kolonien in Italien und ein außenpolitisches Zusammengehen mit der faschistischen Partei und Regierung.“

Der Hitlersche Agent Herr Nieland aus Hamburg hat in Florenz in einer gemeinsamen Kundgebung mit dem Präsidenten der faschistischen Kulturgesellschaft, Herrn Luchini, der das Weltumspannende der Schwarzhemden hervorhob, Demokratie und Liberalismus als unfähig zur Heilung der Uebel Europas angegriffen und die Zukunft des Faschismus in Deutschland gepriesen. — In Rom, wo sich unter den streng gesehnten Eingeladenen der Schwiegersohn des Königs von Italien, Herr Prinz von Hessen, befand, kündigte er die Einrichtung von Hitlergruppen in den deutschen Kolonien ganz Italiens, speziell in Meran, Bozen, Venedig, Genua, Mailand, Florenz und Rom an. In bezug auf das Reparationsproblem und die Zukunft Europas seien der Nazismus und der Faschismus einander ebenso nahe wie in den innenpolitischen Prinzipien

in ihrer Zusammenfassung gegen die Prinzipien der Demokratie.

Daß man diese Hitlerschen Kundgebungen als Vorbereitung eines Besuchs ihres Führers in Italien betrachtet, geht aus den Äußerungen der von einem der engsten Freunde des Herrn Mussolini, Herrn Carli, redigierten Zeitschrift „Oggi e domani“ („Heute und Morgen“) hervor. „Die Erklärungen des Herrn Hitler und seiner Vertreter über seine italienische Reise haben einerseits, nämlich seitens Italiens, Englands und Amerikas, wohlwollende Aufmerksamkeit für die bevorstehenden Ereignisse hervorgerufen, andererseits seitens Frankreichs eine heftig beunruhigte Bewegung aus Angst vor der möglichen — wir sagen sicheren — Ergriffung der Macht durch Herrn Hitler.“

Die Preisgabe Südtirols an Italien, die Voraussetzung der faschistisch-nazistischen Zusammenarbeit, wird von den Faschisten in doppelter Weise erklärt: erstens beweise sie den außenpolitischen Instinkt, der Kleines für Großes aufzugeben wisse und den wahren Internationalismus der Bewegung an Stelle des falschen Internationalismus, den der Sozialismus wolle. Zweitens entspreche sie der russischen Einstellung des Hitlerismus, da die Südtiroler zwar deutsch sprächen, aber keine nordischen Menschen seien.

Das ganz unschuldige Japan

Die Antwort Japans auf die Note der Vereinigten Staaten über die Anwendung des Neunmächte-Abkommens auf die Lage in der Mandchurei wurde heute vormittag dem amerikanischen Botschafter übergeben. Japan bekennt sich darin erneut zur Politik der offenen Tür in der Mandchurei und bedauert, daß es durch die in ganz China herrschende Desorganisation ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

In der Antwortnote heißt es u. a.: Die Vereinigten Staaten bestreiten die Rechtmäßigkeit einer dauernden Besetzung der Mandchurei durch Japan. Sicherlich soll keine Abänderung des Neunmächte-Abkommens vorgenommen werden, aber man muß doch berücksichtigen, was für ein Chaos gegenwärtig in China herrscht. Japan verfolgt in territorialer Hinsicht keine ehrgeizigen Pläne. Die japanische Antwort schließt mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die Vereinigten Staaten das mandchurische Problem in so freundschaftlichem Geiste zu klären suchten.

Die Meldung, wonach die chinesische Nationalregierung die Absicht habe, die diplomatischen Beziehungen mit Japan abzubauen, wird hier nicht ernst genommen. Man glaubt, daß mit dieser Drohung nur eine innerpolitische Wirkung beabsichtigt werde. Selbst wenn China sie verwirklichen sollte, würde Japan wahrscheinlich seine Konsulin in China belassen.

100 000 Mann in der Mandchurei?

Die augenblickliche Stärke der japanischen Truppen in der Mandchurei wird hier auf über 100 000 Mann geschätzt. Nach Meldungen aus Tokio hat das japanische Kriegsministerium drei weitere Divisionen nach der Mandchurei befohlen.

Mandschurisch-mongolische Republik?

Die Hintertreppe des japanischen Imperialismus

Moskau (über Kowno), 18. Januar

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, ist zwischen den Vertretern der Provinzen Tsitsikar, Mukden und Kirin eine Einigung über die Bildung der neuen mandchurischen Republik erzielt worden, die am 11. Februar in Mukden ausgerufen werden soll. Nach einer weiteren Meldung soll die Innenmongolei sich bereiterklärt haben, sich der mandchurischen Republik anzuschließen und den mandchurischen Staat zu unterstützen. Die Innenmongolei soll ihre Verwaltung nach Hailar verlegen. Die Meldung hat in Moskau großes Aufsehen erregt, weil man hier erklärt, daß der Anschluß der Innenmongolei an die neue mandchurische Republik in Wirklichkeit die Verstärkung des japanischen Einflusses über den Teil der Mongolei bedeutet, der auch früher unter russischem Einfluß stand.

Tokio, 18. Januar.

Die Zeitung „Tokio Asahi Shimbun“ veröffentlicht einen Artikel über die politische Lage in der Mandchurei. Darin wird erklärt, daß die neue mandchurische Republik auf die japanische Unterstützung rechnen könne. Die japanische Regierung sei deshalb bereit, dem neuen mandchurischen

Staat Polizeitruppen zur Verfügung zu stellen und ihm zu helfen, den Staatsapparat aufzubauen.

Die neue mandchurische Republik brauche keine Armee, weil die japanische Regierung das neue mandchurische Reich unterstützen werde. Besonders wichtig seien aber die Pläne für den Bau eines Eisenbahnnetzes in der Mandchurei. Es müßten unbedingt Eisenbahnlinien gebaut werden, die die Benutzung der chinesischen Ostbahn unnötig machten.

Echt Tschiangkaischek!

Er will diktatorische Vollmachten

Schanghai, 19. Januar.

Marschall Tschiangkaischek hat bei seinen Verhandlungen mit Mitgliedern des Vollzugsausschusses der Kuomintang erklärt, er sei bereit, in die neue Regierung einzutreten unter der Bedingung,

daß man ihm weitere Vollmachten gebe und ihm freie Handlungsweise sowohl dem Auslande als auch dem Inlande gegenüber zusichere.

Er vertrat die Ansicht, daß nur durch strenge Maßnahmen die Ruhe und Ordnung in China wiederhergestellt werden könne. Tschiangkaischek beabsichtigt, das Amt des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers sowie des Chefs sämtlicher chinesischer Streitkräfte zu übernehmen.

(So erfüllt sich, was wir anlässlich des Rücktritts dieses schlaun Politikers vermuteten: er ist ein paar Schritte zurückgegangen, um desto weiter zu springen. Red.)

Katastrophe der Fluten

Memphis, 19. Januar.

Die Hochwasserkatastrophe im Stromgebiet des Mississippi greift weiter um sich. Schon nach den ersten Meldungen von der Ueberschwemmung des Tallahatchie- und des Yalobusha-Flusses war die Befürchtung geäußert worden, daß die Dämme den wütenden Gewässern nicht standhalten werden. Heute ist nun ein solcher Dammbruch erfolgt, wodurch sich die zwischen dem Tallahatchie und dem Yalobusha angestauten Fluten in den Yazoo-Strom ergossen, der rapid anschwellt. Seine Gewässer haben die Honey-Insel überflutet und mehr als 600 Quadratkilometer in eine Wasserwüste verwandelt. Mehrere Städte und 8 000 Menschen sind in großer Gefahr.

Schneestürme in Neumexiko

London, 19. Januar.

Blättermeldungen aus New York zufolge sind 20 000 im westlichen Teil von Neumexiko lebende Indianer durch schwere Schneestürme von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten. Sechs Heeresbombenflugzeuge haben am Sonntag und Montag 20 Dörfer durch Abwurf von Lebensmittelpaketen im Gesamtgewicht von ungefähr fünf Tonnen versorgt. Die Flugzeuge sind noch damit beschäftigt, abgelegene Indianergemeinden aufzusuchen.

Neue russische Propagandazeitung? In der nächsten Zeit wird, wie TU über Kowno meldet, im russischen Staatsverlag eine Zeitschrift in deutscher Sprache mit dem Titel „Zwei Welten“ erscheinen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen deutschsprachigen Ländern ihren Absatz finden soll. Mitarbeiter der Zeitschrift sind u. a. Stalin, Pieck, Thälmann und andere Führer der kommunistischen Partei. Die Zeitschrift soll zu sehr billigem Preise abgegeben werden.

Offizieller Luftschutzrummel

Die SAZ konnte vor einigen Tagen berichten, daß die Regierung des Freistaates Sachsen die Organisation eines sogenannten Luftschutzes in die Wege leitet. Wir knüpfen daran die Feststellung, daß diese Luftschutzorganisation offenbar über das ganze Reich unter Leitung des Reichsinnenministeriums aufgezogen werden soll. Diese Vermutung wird jetzt bestätigt durch das neueste Rundschreiben, das der Deutsche Luftschutz e. V. an seine Mitglieder versendet. Dort heißt es: „Im Jahre 1932 wird die zivile Luftschutzarbeit in ein neues Stadium treten, nachdem die Behörden seitens der Reichsregierung angewiesen sind, auch ihrerseits Vorbereitungen für den zivilen Luftschutz zu treffen.“ Wir haben ja auch gar keine anderen Sorgen!

Im übrigen ist dieses Rundschreiben auch deshalb interessant, weil es die ganze Ausdehnung der offenbar aus reichen Quellen (Giftgas- und Gasmaskenfabrikanten!) finanzierten Luftschutzpropaganda zeigt. So haben 1931 etwa 500 „Aufklärungsvorträge“ stattgefunden, außerdem in den verschiedensten Städten Luft- und Gasschutzübungen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Veranstaltung in Hamburg vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ausging und daß ähnlich in Preußen die Vertreter der Regierungspräsidenten und anderer republikanischer Behörden an einem zehntägigen Kursus über Luftschutz im Polizeinstitut für Technik und Verkehr in Berlin-Tempelhof teilgenommen haben. Diese Feststellung ist auch deshalb bemerkenswert, weil sich die sozialdemokratischen Staatsmänner dabei in engster Verbindung mit den reaktionären Organisationen befinden; im übrigen wird nämlich der Luftschutz in erster Linie unterstützt vom Stahlhelm, vom Deutschen Offiziersbund, von der Technischen Nothilfe (die eine besondere Gasschutzabteilung unterhält), vom Reichsverband der deutschen Industrie, von reaktionären Studentenorganisationen und bemerkenswerterweise von den großen Ständesorganisationen der Ärzteschaft, dem Deutschen Ärzteverein und dem Hartmannbund. Weiterhin ist erwähnenswert, daß von einzelnen Industriefirmen Gasschutzschulen unterhalten werden, die 1931 in ununterbrochener Folge Unterrichtskurse mit mehreren tausend Teilnehmern durchgeführt haben. In einzelnen Teilen des Reiches werden auch städtische Gasschutzschulen unterhalten. Der Bericht des Deutschen Luftschutzes kann demnach mit einer gewissen Berechtigung feststellen, daß „sich der Luftschutzgedanke in Deutschland im abgelaufenen Jahr siegreich durchgesetzt“ hat. Um so notwendiger ist es, daß die Sozialistische Arbeiterpartei und ihre Presse diesem trügerischen Rummel mit größter Entschiedenheit entgegentritt.

England kann sich's nicht leisten

Aber Deutschland...

Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigt das britische Luftfahrtministerium, aus Sparsamkeitsgründen den Bau der neuen Großflugzeuge einzustellen, die bis 40 Personen und Fracht an Bord nehmen sollten. In erster Linie wird davon das im Bau befindliche Riesenflugboot in Southampton betroffen, das für die Weltreichsfluglinien und für die Ueberfliegung des Südatlantik bestimmt war. Dieses Flugboot, dessen Bau bereits vor drei Monaten in Angriff genommen war, soll nunmehr abgewrackt werden.

Die englische Presse weist einstimmig darauf hin, daß eine solche Entscheidung des Luftfahrtministeriums nach der Einstellung des Baues des Riesendampfers der Cunard-Linie den schwersten Schlag für das englische Ansehen bedeuten würde. Der Bau des Riesenflugzeuges war besonders als Antwort auf den deutschen „Do X“ gedacht worden.

Das Urteil im Kommunistenprozeß

Nach mehrtägiger Verhandlung verkündete die Breslauer Strafkammer in der Berufungsverhandlung gegen 19 Kommunisten, die wegen des Mordes an dem Stahlhelmmann Müller während des Breslauer Stahlhelmtages angeklagt waren. Das Urteil der Hauptangeklagten Hübner, der in erster Instanz zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs 2½ Jahre Gefängnis, die Angeklagten Erich Rother und Fabian erhielten je 2 Jahre Gefängnis, der Angeklagte Grundmann erhielt ebenfalls unter Erhöhung der Strafe 6 Monate Gefängnis, Max Rother wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs und wegen Vergehens gegen das Waffenmißbrauchsgesetz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Fein erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs und Waffenmißbrauchs 1 Jahr 6 Monate, der Angeklagte Kurt Markus erhielt 1 Jahr 2 Monate Gefängnis. Alfred Markus wurde freigesprochen, nachdem er einstanzlich 6 Monate Gefängnis erhalten hatte. In den übrigen 10 Fällen wurde die Berufung der Staatsanwaltschaft sowie der Angeklagten verworfen, weshalb es bei den Urteilen bzw. Freisprüchen bleibt.

Heroischer Kampf

Severing verklagt Groener

Es ist eine schlechte Zeit für brave „nationale“ Sozialdemokraten. Da gibt sich des wehrhaften Reichsinnenministers Groener kleinerer Kollege von Preußen alle erdenkliche Mühe, seinem hohen Amtsbruder zu gefallen. Preußens Innenminister verbietet nach links und nochmals nach links, daß es nur so eine Art hat. Es hilft nichts. Er begeht den Fehler und verbietet auch einmal um des Ausgleichs willen nach rechts, und flugs fährt ihm der große, doppelte Kollege ins Konzept und korrigiert mit starkem Blaustift. (Nein, Rotstifte sind weder im Reichsinnenministerium noch im Reichswehrministerium in Gebrauch von wegen Abfärbungsgefahr und wegen der möglichen Wirkung, die man aus der Naturgeschichte kennt.)

Ja also, da hat der kleine Metallarbeiter von Preußen den „Angriff“ des noch kleineren Goebbels verboten. Aber Herr Groener hat den Goebbels schnell wieder auf das dankbare Publikum losgelassen. Das aber geht dem preußischen Innenminister über den Spaß. Da wird er energisch. Nein, nein, er haut nicht auf den Tisch, dazu ist er zu wohl-erzogen, er erklärt auch dem Wehrminister nicht den Krieg, aber gefallen läßt er sich nun einmal nicht! Severing geht nach Leipzig und beklagt sich bei den hohen Herren vom Reichsgericht, vielleicht vertraut er aus alter Gewohnheit auf die rote Farbe ihrer Roben. Woher die allerdings kommt, das hat der unvergeßliche Paul Levi im Jorns-Prozess auseinandergesetzt. Jedenfalls, Severing klagt, und das Reichsgericht wird entscheiden. In zwei oder drei Wochen, vielleicht dauert's auch länger. Und vielleicht bekommt sogar der preußische Innenminister Recht (was uns aber verwundern würde). Nur der „Angriff“ erscheint inzwischen weiter, und wenn Severing dann wirklich Recht bekommt — ja, was wird dann? Wird dann Herr Groener Schadenersatz leisten? Wird er zum Ausgleich etwa... den „Vorwärts“ verbieten? Oder zur Strafe zum preußischen Innenminister degradiert, während Severing Wehrinnenminister des Reichs wird? Oder muß der Herr General vielleicht nachexerzieren? Wir wissen's nicht.

Aber wir sehen jedenfalls, daß in dem kleinen Metallarbeiter der alte Klassenkampfgeist wieder wach ist und warten auf das nächste Verbot... gegen links.

Preisschilder . . .

Allmählich tauchen jetzt in den Läden die notverordneten Preisschilder auf. Die Friseur sind jetzt am leichtesten zu kontrollieren, denn Haarschneiden bleibt Haarschneiden und unterscheidet sich in der Leistung höchstens dadurch, daß die Ladenaufmachung mehr oder minder primitiv oder luxuriös ist.

Etwas anderes ist es aber im Lebensmittelhandel. Da gibt es so unendlich viel Qualitäten, daß der Händler gewöhnlich nur eine, meist aber nicht die Standard-, sondern die billigste Qualität anpreist, während man im Laden dann gewöhnlich für die Konsumqualitäten mehr bezahlen muß, als für den Schund dessen Preis die Preistabelle im Fenster zeigt.

Sehr gern werden die Preisverzeichnisse so „ausgehängt“, daß man sie erst suchen muß und meistens wegen schlechter Beleuchtung nicht lesen kann. Am raffiniertesten sind darin die Bäcker. Sie haben nämlich bei den Schrippen die Möglichkeit, durch nicht kontrollierbare Gemische von Weizen und Roggen die verschiedensten Gewichte zu gleichen Preisen und die verschiedensten Preise bei gleichen Gewichten anzugeben. Nur ein charakteristisches Beispiel: im Bereich eines einzigen Polizeireviere in Berlin fanden wir folgende Angaben: 10 Schrippen im Gesamtgewicht von 340 Gramm zu 25 Pfennig, 10 Schrippen mit 350 Gramm zu 30 Pfennig, 10 Schrippen mit 400 Gramm zu 30 Pfennig. Jetzt weise jemand nach, daß die 35-Gramm-Schrippen mehr teureres Weizenmehl enthalten als die 40-Gramm-Schrippen, die das gleiche kosten! Oder daß die 35-Gramm-Schrippen zu 3 Pfennig das Stück besser seien als die 34-Gramm-Schrippen zu 2½ Pfennig. Die Kollegen des Herrn Drezwitz haben es offensichtlich glänzend verstanden, ein Geschäft aus der Not zu machen, sonst würde nicht gerade der Bäcker, der die teuersten Brötchen liefert, nämlich für 3 Pfennige nur 35 Gramm, in kürzester Zeit sich eine ganze Reihe von Filialen geschaffen haben.

Bei den Fleischern findet man wieder die berichtigten Angaben: von . . . bis . . . , statt daß eindeutige Qualitätsbezeichnungen angegeben werden. Nur ein als teuer bekanntes Geschäft schreibt von vornherein über alle Preise: „erste Qualität“, um wenigstens eine Begründung für die hohen Preise zu geben. Die Butterpreise haben jetzt endlich ein wenig nachgegeben, man findet heute auch in teuren Stadtgeden Molkereibutter für 1,15 Mark gegen 1,35 Mark noch vor wenigen Tagen. Wenn jetzt Schiele den Butterzoll erhöht, wird allein dadurch die Butter wieder um 55 bis 60 Pfennige je Pfund teurer! Das nennt sich dann Preisabbau, denn an eine Zollsenkung bei wieder steigenden Preisen denkt ja die Landwirtschaft nicht.

In eisernen Banden. Wie TU erfahren haben will, hat das Comité des Forges den „Matin“ läufig erwöhnt.

Parteibürokratie sabotiert Einheitsfront

Gegen Lohnabbau u. Faschismus / Eine Belegschaftsentschließung der Ambi-Buddwerke

Mit den Auswirkungen der Vierten Notverordnung beschäftigten sich am 10. und 17. Januar zwei Betriebsversammlungen der Firma Ambi-Budd-Preßwerk, Werk 1 und 2 (Belegschaftsstärke etwa 1100).

Aus dem Bericht des reformistischen Betriebsrats ist festzuhalten, daß die Firma nicht die Absicht hatte, einen Lohnabbau vorzunehmen, aber durch die Vierte Notverordnung die Möglichkeit geboten sah, nochmals 10 Prozent Lohnabbau vorzunehmen. Mit diesen 10 Prozent hat der Arbeiterrat bereits einen vorhergehenden Lohnabbau von 15 Rpf. pro Stunde kampflös seine Zustimmung gegeben, so daß sich der Lohnabbau bei Ambi-Budd in den letzten zehn Wochen pro Stunde auf 27 Rpf beläuft. (Von 1,35 auf 1,08 Rpf.)

In seiner Begründung führte der Arbeiterrat an, daß sie gezwungen waren, dem Lohnabbau zuzustimmen, weil dadurch die Firma in der Lage wäre, Aufträge zu bekommen und die Kollegen dadurch weitere Arbeitsmöglichkeiten hätten.

Bezeichnend war die Stellung des Arbeiterrats. Obwohl ausdrücklich in der Entschließung verlangt wurde, daß diese an alle Arbeiterparteien (SPD, SAP, KPD, KPDO) zur Veröffentlichung in ihren Parteipressen zugestellt werden sollte, hat er es nach acht Tagen nicht für notwendig gehalten, dieser Aufforderung nachzukommen. Eine gewisse Heiterkeit lösten seine Ausführungen auf der zweiten Versammlung aus, als er erklärte, er hätte nicht gewußt, was er acht Tage vorher angenommen hatte. Denn wenn er Zeit und Ruhe auf der ersten Versammlung gehabt hätte, sich die Entschließung durchzulesen, hätte er derselben am 10. Januar nicht zugestimmt.

Aus diesem Grunde sei die Entschließung auch nicht an die gesamten Arbeiterparteien zwecks Veröffentlichung abgeschickt worden!

Wenn man mit derartigen Methoden, wie sie der Betriebsratsvorsitzende anwendet, die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau und Faschismus herstellen will, wird es um so notwendiger, die Forderungen nach überparteilichen Abwehrkartellen in der Arbeiterbewegung zu stellen, trotz der Sabotage der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie und ihren Helfern in der Arbeiterbewegung.

Wie verhängnisvoll sich für die Arbeiterklasse die Politik der freien Gewerkschaften mit ihrer sozialdemokratischen Führung auswirkt, kann wohl nirgends besser demonstriert werden, wie im Fall der Firma Ambi-Budd.

Mit Recht wurde dann in der Diskussion betont, daß die Politik der freien Gewerkschaften unter Führung der SPD sich zum Verhängnis der Arbeiterklasse auswirkt. Auch die Behauptung des Betriebsratsvorsitzenden, daß die „Eiserne Front“ der SPD (auch mit den Zentrumsparthen) das gegebene Mittel wäre, sich zum gemeinsamen Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zusammenzufinden, verfiel der Ablehnung.

Die Kollegen des Werkes Neukölln haben in ihrer eingebrachten Entschließung den Weg gezeigt, wie die Arbeiterklasse kämpfen muß, um als Sieger aus dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit hervorzugehen. Die von ihnen eingebrachte angenommene Entschließung besagt, daß der Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus nur siegreich geführt werden kann auf der Grundlage von überparteilichen, die gesamte Arbeiterklasse umfassenden Abwehrkartellen.

Die Entschließung, die von der Belegschaft einstimmig angenommen wurde, und die der Arbeiterrat nicht verschickte zur Veröffentlichung, lautet:

Entschließung

Die am 10. Januar tagende Betriebsversammlung der Firma Ambi-Budd, Werk 1 und 2, beschließt:

Der Arbeiterrat wird beauftragt, unverzüglich bei der Ortsverwaltung des DMV in Berlin vorstellig zu werden zwecks Schaffung einer einheitlichen Abwehrfront gegen Abbau in der Sozialversicherung, Abbau in der Entlohnung, sowie gegen das weitere Anwachsen des faschistischen Mordterrors.

Die Ortsverwaltung Berlin ist zu veranlassen, mit allen Arbeiterorganisationen und den politischen Arbeiterparteien in Verbindung zu treten, um die Herstellung dieser gemeinsamen Abwehrfront durchzuführen.

Die Kollegen der Firma Ambi-Budd sind der Auffassung, daß schon durch die Dritte Notverordnung des Zentrumskanzlers Brüning die Lage der Arbeiterklasse bereits auf ein so tiefes Niveau herabgedrängt wurde, daß eine weitere Verschlechterung untragbar ist.

Aus diesem Grunde sind die Kollegen der Ansicht, daß es das Gebot der Stunde ist, sofort und überall überparteiliche, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Abwehrkartelle gegen Lohnabbau und Naziterror zu schaffen. Der Arbeiterrat wird beauftragt, diese Entschließung an alle Arbeiterparteien (SPD, SAP, KPD, KPDO) zur Veröffentlichung zu schicken.

Goerdelers Erzählungen

Seit seiner Berufung aus Leipzig läßt der Preisabbau-Kommissar keinen Tag verstreichen, ohne nicht über serienweise Erfolge zu berichten. Schenkt man diesen Meldungen Glauben, dann müßte Deutschland längst das billigste Land der Welt sein. Einstweilen ist es aber noch immer umgekehrt. Einstweilen ist es so, daß der Preisabbau in denjenigen Ländern, die keinen Preisabbau-Kommissar kennen, denjenigen Deutschlands erheblich überflügeln, so daß der Wert der von Goerdeler zu Tage gelegten Betriebsamkeit zumindest fragwürdig erscheint. Und fragwürdig sind auch die ganzen Erfolge. So wurde u. a. vor kurzem über Verhandlungen berichtet, die Goerdeler mit dem Schneidergewerbe geführt hatte und die ebenfalls eine Preissenkung zum Ergebnis gehabt haben sollen. Wie es sich in Wirklichkeit verhält, zeigt indessen der nachstehende Bericht einer bürgerlichen Pressekorrespondenz:

Die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berliner Schneiderinnen wird seit in einer Erklärung gegen die Nachrichten über die Besprechung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit Vertretern des Schneiderhandwerks. Dazu wird festgestellt, daß die Schneiderinnen niemals ihren Mitgliedern Richtpreise vorgeschrieben hätten. Die erwähnten Rabattsätze seien den Verbrauchern ebenfalls nicht in Anrechnung gebracht worden und das Schneidergewerbe habe auch nicht mit einem Reinverdienst von 20—30 Proz., sondern seit Jahren mit einem Reinverdienst gearbeitet, der unter 10 Proz. liege.

Mit anderen Worten: die Groß-Berliner Schneider wissen nichts von einem Preisabbau, und wenn diese schon nichts wissen, so werden die Kunden darüber noch weniger erfahren.

Ein anderer Erfolg war von Goerdeler aus dem Wäschereigewerbe berichtet worden. Hierzu teilt uns der Deutsche Wäschereiverband mit:

„Die bei seiner Rücksprache mit dem Preiskommissar erwähnte Preissenkung sei so zu verstehen, daß die Preise gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 im Durchschnitt zirka 10 Proz. gesenkt worden sind, so daß also einzelne durch Konkurrenzkampf, wie z. B. im Rheinland usw., schon unerträglich niedrigen Preise bestehen bleiben, andere dafür um so mehr abgebaut wurden.“

Auch dieser Preisabbau scheint somit nur in der ausgedehnten Siegerliste des Preisabbaukommissars zu existieren.

Und das sind nun noch relativ günstige Fälle. Es gibt andere und aufregendere. Dazu gehört das Speditionsgewerbe. Auch dieses rangiert in den Siegesberichten Goerdelers. Die Wirklichkeit sieht aber auch hier anders aus. So berichteten uns Berliner Leser unseres Blattes, daß sie wiederholt um Kostenanschläge für Umzüge zum 1. März gebeten haben, ohne aber diese von den verschiedenen Firmen, die darum angegangen worden waren, zu erhalten. Des Rätsels Lösung? Eine Firma war freundlich genug, es auszuliefern. Diese erklärte, daß eine bindende Preisabgabe nicht erfolgen könne, weil angehoben die neuen Tarife noch nicht heraus wären. Auf die Frage, daß es sich doch vermutlich um eine Preissenkung handele, wurde erklärt, daß

im Gegenteil eine wesentliche Erhöhung zum 1. April d. J. erfolgen wird.

Also nicht nur kein Preisabbau, sondern im Gegenteil: Preisaufbau. Die Erscheinung ist nicht fernab zu suchen. Zum 1. April werden ungezählte Tausende von Mietern umziehen. Die Notverordnung hat sie instandgesetzt, die teuren Wohnungen gegen billigere oder preiswertere umzutauschen. Aus dieser Gelegenheit wollen die Spediteure ein Geschäft machen und die Tarife zu diesem Umzugstag wieder erhöhen. Niemand ist ja gehalten, die mit dem Preiskommissar verabredeten Tarife auf immer einzuhalten und ungünstigstenfalls gibt es überall, und insbesondere im Speditionsgewerbe, derart viele Nebentarife, daß hier durch neue Erhöhungen dem Preiskommissar versprochene Senkung des Grundtarifs mehr als wettgemacht werden kann.

So sehen Goerdelers Erfolge in der Praxis aus. Seine Siegesberichte sind Erzählungen und erinnern stark an jene anderen, an deren Ende Deutschlands Niederlage im Weltkriege stand.

Umgelernt

Der gewandelte „Duce“

Es muß dem Faschismus in Italien verflucht dreckig gehen. Man weiß, man sieht es aus den Ziffern, daß das Defizit des Staates steigt und steigt, obwohl bestimmt die seit den Anfängen des Systems beliebten Frisierkünste nicht vergessen sind. Nur so ist es zu erklären, daß der Großsprecher Mussolini, der mit Vorliebe das abernationalistische Wort „Italia farà da se“, „Italien wird allein fertig werden“, in allen Tonarten abgewandelt hat, heute am lautesten nach internationaler Zusammenarbeit schreit. Das für einen Anfall von Vernunft zu erklären, wäre sicherlich falsch; dem „Duce“ brennt das Feuer auf den Nägeln. Daher die Preisgabe der nationalen These, die ein wesentlicher Bestandteil des Faschismus ist. Und so läßt er denn schon wieder einen Artikel los, indem er nicht nur die militärische (das ist eine Sache für sich), sondern auch die wirtschaftliche Abrüstung als die einzige Rettung aus der Misere proklamiert.

Selbstverständlich wird in Deutschland dazu genau so Beifall geklatscht wie zu seinen früheren Prahlereien, daß Kanonen das schönste auf der Welt seien. Aber man wird sich genau so irren wie immer, wenn man glaubt, in dem blutbefleckten Diktator einen Bundesgenossen gegen Frankreich zu finden. Mussolini denkt an sich, an nichts anderes. Sein System kann „hinten nicht mehr hoch“, und er wird alles und jedes verkaufen wie er es gewohnt ist, wie er seine Ueberzeugung (falls er je eine hatte) verkauft hat, wenn dabei für ihn nur ein Vorteil herauspringt.

Kein Ende!

Wien, 18. Januar

Der Stand der unterstützten Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Januar um 6900 auf 121 707 gestiegen. Damit ist der Stand um 9417 höher als im Vorjahre, in dem in der gleichen Zeit ein Steigen um 6335 zu verzeichnen war.

Revolutionierte Welt

Elandssteigerung 1930 bis 1931

Genf, 18. Januar.

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht am Montag eine Uebersicht über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 1930 bis 1931, und gelangt zu folgenden Feststellungen:

Deutschland: von 3,9 Millionen auf 5,3 Millionen, 34 vH,

England: von 2,3 Millionen auf 2,6 Millionen, 12 vH,

Italien: von 550 000 auf 909 000, 63 vH,

Oesterreich: von 237 000 auf 273 000, 15 vH,

Schweiz: von 24 000 auf 58 000, 66 vH,

Die Vereinigten Staaten zeigten eine Steigerung von 30, Polen von 24 und Frankreich von 566 vH.

Die deutsche Delegation für die Abrüstungskonferenz

Nachdem kürzlich Botschafter Naldolny zum Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz für die Zeit, während der der Reichskanzler oder sonstige Kabinettsmitglieder nicht persönlich in Genf anwesend sein werden, und Botschafter Graf Welzeck zu seinem Stellvertreter bestimmt worden ist, sind nunmehr zu Delegierten Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben, Unterstaatssekretär a. D. von Moellendorff und die Gesandten Göppert und Freiherr von Weizsäcker ernannt worden.

Der Delegation werden ferner als militärische Sachverständige Generalleutnant von Blomberg und Generalmajor Schönheinz sowie als Sachverständiger für die Marinefragen Vizeadmiral Freiherr von Freyberg angehören. Generalsekretär der Delegation ist Geheimrat Frohwein vom Auswärtigen Amt. Außerdem wird die Delegation noch eine beschränkte Anzahl von Sachbearbeitern des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums, sowie nach Bedarf anderer Ressorts umfassen. Die Zahl der Delegationsmitglieder beläuft sich auf 19.

Bravo!

Der Abgeordnete Edvard Bull, Professor an der Universität Oslo, Vorsitzender des Vollzugausschusses der Arbeiterpartei und ehemaliger Außenminister, der von der Regierung zum Mitglied der norwegischen Abordnung bei der Genfer Abrüstungskonferenz ernannt worden war, hat diese Ernennung endgültig abgelehnt. Als Grund hierfür gibt er an, daß durch die Anweisungen der Regierung an die Abordnung dem sozialistischen Mitglied der Abordnung keine Möglichkeit gegeben werde, die Ansichten der Arbeiterpartei über die Abrüstung darzulegen. Jedes Mitglied der Abordnung dürfe zwar innerhalb der Abordnung seine Meinung aussprechen, jedoch dürften alle Delegierten außerhalb der Abordnung nur in Übereinstimmung mit den allgemeinen Anweisungen der Regierung sprechen und handeln. Unter diesen Umständen glaube er nicht, daß irgendwelche Vertreter seiner Partei bereit sein würden, nach Genf zu gehen.

Die norwegische Arbeiterpartei ist eine der wenigen sozialistischen Parteien, die noch nicht regierungstreu geworden sind. Sie gehört der 2. Internationale nicht an.